DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

8. Ausgabe
September 1990
2,- Mark



Psychose Nationalismus

Schönhuber: REP im Griff

IN DUBIO PRO REP!?

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Satz und Lay-out: R. Simon, H. Phillip
Druck: Interdruck
Tel. 0511/70 25 26
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön,
Lisa Böhne, Winfried Holzinger,
Alfred Klose, Jürgen Trittin,
Karl-Heinz Vach, Dorothea Vogt

Editorial

Der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik bringt die neofaschistische Szenerie in Bewegung. Als erfolgversprechendes Wählerpotential wird die Bevölkerung der DDR begrüßt. Eingefordert wird gleichzeitig ein "Deutsches Reich", in den Grenzen von 1937 oder 39. Stärker als bisher werden die immer radikaler werdenden Vertriebenenverbände, die eine "Verzichtspolitik" der Bundesregierung beklagen, zu einem möglichen Wählerpotential. Für uns ein Grund, einen Schwerpunkt dieses Heftes auf das 8Themengebiet "Revanchismus/Nationalismus" zu legen. Geplante Einschränkungen des Asylrechts (auch durch den SPD-Kanzlerkandidaten Lafontaine), der Umgang mit asylsuchenden Sinti und Roma werden in dieser Ausgabe kommentiert, bedürfen aber in Zukunft eine weitaus stärkeren Gewichtung. Eine positive Herangehensweise wird mit der Vorstellung eines "Antidiskriminierungszentrums" in Hannover vorgestellt.
Mit dem Porträt des ehemaligen Chefs der hannoverschen Kripo, Dr. Walter Zirpins, beginnen wir eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich mit Personen beschäftigen, die wichtige staatliche Institutionen (Polizei, Justiz, Verfassungsschutz usw.) in der Bundesrepublik aufgebaut und für eine personelle und inhaltliche Kontinuität antidemokratischen, obrigkeitsstaatlichen Gedankenguts stehen. Der Umgang einer Polizeidienststelle mit einem Polizisten, der an einer Demonstration gegen die "Republikaner" teilgenommen hatte, verdeutlichen die Folgen dieser Traditionslinie.
Das späte Erscheinen des Rechten Randes ist der Sommerpause geschuldet, hat aber auch zu neuen Vorsätzen geführt: Im Bereich von Gestaltung und Satz werden wir zukünftig von zwei Kollegen unterstützt, die Ihre berufliche Erfahrung in das Projekt einbringen werden.
Fest vorgenommen haben wir uns, daß Der Rechte Rand regelmäßiger , jeweils zum ersten Wochenende der ungeraden Monate erscheinen soll.
Weggefallen aus dem Titel ist die Bezugnahme auf das Land Niedersachsen. Da ein großer Teil unserer AbonnentInnen aus den verschiedensten Regionen der Bundesrepublik stammt und wir auch in der Vergangenheit Berichte aus anderen Bundesländern veröffentlicht hatten, soll nun unsere selbstgewählte Beschränkung auf Niedersachsen entfallen. Dafür sind wir aber auch stärker als bisher auf Informationen und Mitarbeit von AntifaschistInnen aus anderen Bundesländern angewiesen!
InteressentInnen können über unsere Postfachadresse Kontakt mit uns aufnehmen.

Die nächste Ausgabe des Rechten Randes erscheint am 3. November 1990 (Redaktionsschluß: 20. 10. 1990)

LeserInnenbrief:

Als Falscher unter Falschen
Buchbesprechung von Lars Martin

Lieber Lars,
es ist schon ungewöhnlich, auf eine Buchbesprechung mit einem LeserInnenbrief zu reagieren. Anlaß war für mich, daß Deiner zutreffenden Inhaltsangabe von "Deutschland ganz rechts" leider eine nach meiner Auffassung zu kurz ausgefallene Kritik folgt. Nach seinen eigenen Ausführungen hat Schomers vor allem Kontakt zu den Politprofis Vogel und Cronenberg gepflegt. Beide beschreibt er als, über Nazieltern von Kindesbeinen an, fest in der Faschistenszene verankert. Schomers pauschaler "Friede, Freude, Eierkuchen-Aufruf" am Ende seines Berichtes (den Du auch kritisiert hast) scheint mir solchen Leuten gegenüber als einer Verdummung seiner Leser gleichzukommen.
Auch die Rücksicht "Parteifreunden" gegenüber, nur solche REP namentlich zu nennen, die ohnehin öffentlich bekannt waren, ist mir suspekt. Rücksicht z.B. auf ein REP-Mitglied, das Altersheimbewohnerinnen Unterschriften abnötigte. (S. 29 f. u. S. 70) Rücksicht auf einen seit mehr als 20 Jahre aktiven Faschisten, der auf erfolgreiche Jugendarbeit zurückblicken kann, also neue Faschisten rekrutieren konnte. Dessen Karriere und damit die Möglichkeit zu weiterer Wühlarbeit darf nicht gefährdet werden-warum nicht???

Außerdem vermittelt Schomers, subtil in Nebensätzen untergeschoben, "Welterkenntnisse" schlichtester Art. Nur ein Beispiel: die Gleichsetzung rechter und linker "Grüppchen". (Historikerstreit ick hör' dir trapsen) Was aber endgültig dem Faß den Boden ausschlägt, ist die über das gesamte Buch breitgetretene Sinti- und Romahetze. Dieser wird nicht eine Silbe des Autors über die realen Lebensbedingungen der Sinti und Roma in Köln entgegengesetzt.

Dem Schreiber scheint jedes Hintergrundwissen zu fehlen. Er identifiziert sich mit den Tätern, nicht mit deren Opfern. Da wirklich jeder Ansatz von Reflexion völlig fehlt, ist dieses Werk ausschließlich mit Vorsicht zu genießen.

Lisa Böhne

Dr. Werner Holtfort

Lustig ist das Zigeunerleben

oder Immer Ärger mit dem Asylrecht

Zigeuner brauchen wir für's Gefühlsleben. gerne liest oder sieht man in Fieldings "Tom Jones" oder im "Zigeunerbaron", wie die edlen Landfahrer dem Jones oder dem Sandor Barinkay aus der Not helfen. Lenau lernte von seinen "drei Zigeunern", " wenn das Leben uns nachtet, wie man's verraucht, verschläft, vergeigt und es dreimal verachtet." Die Zigeunerin Carmen singt in der gleichnamigen Oper so schön ihre Habanera "Ja die Liebe hat bunte Flügel". Überhaupt, wie geht die Zigeunermusik ins Gemüt, wie aber geht erst das Zigeunerschnitzel in Gaumen und Magen ein! Neuestens sind Zigeuner sogar auch als Feindbild nützlich. Man wähnte es schon verloren, denn Juden darf man nicht, Kommunisten kann man her die Exekutive zum Beispiel bei uns in Niedersachsen, unterstützt durch das zuständige Oberverwaltungsgericht in Lüneburg, auch ohne solche Verordnungsermächtigungen anstellte, um das Grundrecht auszuhöhlen? Wie man zum Beispiel hierzulande die kurdischen Yeziden, die zu Hause zu Tode gefoltert wurden, in die Türkei zurückschickte mit der denkwürdigen Begründung, Folter in diesem NATO-Partnerland sei keine *politische* Verfolgung, sondern dort allgemein üblich; außerdem gäbe es die Möglichkeit eines inneren Asyls, wenn nämlich die Verfolgten einfach in ein anderes türkisches Gebiet zögen und dort Religionszugehörigkeit und Abstammung verheimlichten. Einige, wie zum Beispiel Cemal wenig ändern wie die des Massenmörders Himmler aus dem Jahre 1942. Man weiß zwar nicht, warum diese Mitmenschen eigentlich zu Grunde gehen sollen, denn friedlicher und harmloser als das bunte Völkchen der Wahrsagerinnen, Kesselflicker, Musikantinnen und Bärenführer ist und war keine andere bekannte Nation. Natürlich stehlen sie ein bißchen. Aber sie nehmen niemandem auch nur entfernt so viel wie unsere berühmten, großen Steuerhinterzieher dem Staat. Allerdings bestehlen sie nie einander, wie Deutsche das tun. Aufschluß über die Gründe des rassistischen Abscheus findet man am Ende im Rechtsgutachten der Universität Tübingen aus dem Jahre 1714, das für rechtens befindet, "daß nem-



nicht mehr verteufeln. Da besinnt man sich, daß die Nazis außer Juden und Kommunisten ja auch die Zigeuner auszurotten befahlen. Himmler ordnete am 16. Dezember 1942 ihre "totale Liquidierung" an. Heute fliegen gegen die damals nicht Erwischten die Steine, sei es im saarländischen Lebach, sei es im nordrhein-westfälischen Hagen, und die Polizei muß Sonderstreifen zum Schutz um ihre Zeltstädte fahren. Oskar Lafontaine ruft zur Änderung des Grundrechts auf Asyl auf: Künftig soll die Bundesregierung durch Rechtsverordnung Flüchtlinge aus Ländern aussperren, in denen "nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung stattfindet". Ach Oskar! Weißt Du denn nicht, was schon bis-

Kemal Altun suchten und fanden in ihrer Angst vor erneuter Folter ein noch wirksameres und noch weit inneres Asyl: Er stürzte sich vor der Auslieferung aus dem Fenster des Celler Gerichtsgebäudes zu Tode. Erst das Bundesverfassungsgericht hat im vergangenen Jahr derartige OVG-Urteile aufgehoben. Uneingeschränkt und unkontrolliert kamen bislang Asyl nur Ankömmlinge aus Ostblock und Vietnam, weil es fester Bestandteil unserer herrschenden Ideologie war, daß in den Staaten des gottlosen Kommunismus *alle* Bewohner politisch verfolgt würden. Die Zigeuner werden es nun dort, namentlich in Rumänien, wirklich und unbestreitbar. Daran wird eine Verordnung der Bundesregierung so

lich alle Zigeuner, zumal sine strepitu iudicii (=ohne großes Aufsehen durch die Justiz) bloß und allein um ihres verbotenen Lebenswandels und bezeugten Ohngehorsams halber, mit dem Schwert und nach Befinden mit höherer Leibes- und Lebensstraff hingerichtet werden sollen."
Ob sie wohl hierher drängten, wenn sie ahnten ...?

Ja, "lustig ist das Zigeunerleben, faria faria ho!" Immerhin, etwas zuliebe tun wir, die Aufgeklärten, die "Citoyens" ihnen ja: Wir nennen sie jetzt nicht mehr Zigeuner, sondern - wie sie selbst - Roma oder (soweit längst bei uns zulande seßhaft) Sinti.
Vogelfrei allerdings, vogelfrei bleiben sie auch unter den neuen Namen.

KOMMENTAR

Rolf B. Bode

"Polen wurde keinesfalls überfallen"

BdV-Funktionär kündigt "anhaltende Unruhen" an.

,Dr. **Christian-Thomas Stoll**, Amtsrichter in Hildesheim, Mitglied der CDU und stellvertretender Vorsitzender im "Bund der Vertriebenen" (BdV) ist als Rechtsradikaler kein Unbekannter. Seine Thesen vom "Volk ohne Raum" erinnerten selbst den früheren niedersächsischen Justizminister Walter Remmers (CDU) an nationalsozialistische Propaganda. Im Zug des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik macht Stoll wieder von sich reden. Wie nach quälenden Debatten endlich sicher scheint, daß die Grenze der DDR zu Polen auch als Ostgrenze des zukünftigen Deutschlands (Genscher: "Wer die Grenzfrage offen läßt, schließt die Tür zur Einheit") völkerrechtlich anerkannt wird, machen Stoll und der BdV mobil.

Auf zwei Vertriebenen-Veranstaltungen im Juli- die eine mit 1000 Teilnehmern in Fallingbostel, die andere mit rund 600 Teilnehmern in Hildesheim - gab Stoll den Ton an bei der "politischen Mobilmachung" (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 1990) des BdV) gegen die Garantieerklärung des Bundestages und der Volkskammer für die Oder-Neiße-Grenze.

Seine Rede war wenig originell. Sie zeigte einmal mehr, daß Argumentationsmuster der aggressiv nationalistischen deutschen Rechten auch heute noch nicht ausgedient haben: "Die nationale und staatliche Einheit Deutschlands ist mit der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR nicht abgeschlossen", heißt Stolls Hauptthese. Wer die polnische Westgrenze völkerrechtlich als Deutschlands Ostgrenze anerkenne, beabsichtige die "Amputierung eines Drittels Deutschlands, von 114296 km^2 urdeutschen Gebiets".

Diese Gebiete, so Stoll, seien nicht etwain-Folge des Angriffskrieges von Nazideutschland verloren worden. Nein, Stoll dreht die Frage der Kriegsschuld um: "Polen wurde keinesfalls überfallen". Es sei Polen gewesen, das "unaufhörlich zum Krieg gegen Deutschland " "hetzte" und Angriffspläne hegte: "Die Wehrmacht hat lediglich als erster losgeschlagen", behauptete Stoll.

Wir erinnern uns, auch Hitler hat 1939 lediglich "zurückgeschossen".

Nach dieser Geschichtslüge, die die deutsche Vergangenheit entsorgen soll - ein aktuelles Anliegen auch konservativer Kreise - nennt Stoll Polen einen "Dieb", dessen "Landhunger" "nicht gestillt" sei - eine klassische Projektion des eigenen Expansionismus auf unseren östlichen Nachbarstaat, der unter dem deutschen "Landhunger" blutig gelitten hat.



In Zukunft häufiger notwendig: Demo gegen Revanchismus 1985

Hat Stoll zu Beginn seiner Rede betont, es ginge ihm darum, "friedlich ... das Recht auf die ostdeutsche Heimat" einzufordern, spart er anschließend nicht mit düsteren Drohungen in Richtung Osten: "Die Verantwortlichen auf polnischer Seite sollten es sich gut überlegen, ob sie der Zukunft ihres Landes dienen, wenn sie jetzt unter Nutzung der vermeintlich günstigen Situation auf dem raub deutschen Landes beharren. Die Geschichte steht bekanntlich nicht still..."

Die Oder-Neiße-Grenze stelle "lediglich die momentanen Machtverhältnisse um 1945" dar. Sie verliere "ihre Rolle, sobald sich die Machtverhältnisse in Osteuropa verändern. Jetzt ändern sie sich. Deshalb werden sich auch die Grenzen ändern."

Das könnten - so der BdV-Funktionär - auch "noch so viele feierliche Erklärungen heutiger deutscher Politiker nicht verhindern, denn ihre Nachfolger sind dadurch nicht gebunden." Auch der "gesamtdeutsche Souverän" könne die Grenzfrage nicht "rechtswirksam" lösen. Stoll: "Bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze wird es anhaltende Unruhen und eine stetige Bewegung des entschiedenen Revisionismus geben."

Daß nun endlich - nach über 40 Jahren - der "gesamtdeutsche Souverän" doch die in Folge des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges entstandenen historischen Fakten völkerrechtlich anerkennen wird, kann sich Stoll - ganz in der Tradition des deutschen Rechtsextremismus - nur als "Super-Versailles" erklären. Als "Grenzdiktat", als eine von "fremden Mächten" gesteuerte Politik, deren Erwartungen Bonn "in abstoßender Unterwürfigkeit" erfülle. Stoll: "Man will uns kleinhalten, uns in ein Kleindeutschland und in die eigens dafür geschaffene EG und NATO zwängen".

Mit Applaus wurde Stoll verabschiedet. BdV-Bezirksvorsitzender **Hans-Günter Geisendorf** bescheinigte ihm, "den richtigen Ton" getroffen zu haben. Die Leser der "Hildesheimer Allgemeinen Zeitung", die halbseitig über die BdV-Kundgebung berichtete, sahen das anders. Bei dem Blatt ging eine Flut von Leserbriefen ein, deren Schreiber überwiegend - wie die Vertriebenenzeitung "Deutsche Umschau" klagte - "über den Festredner `herfielen'".

Die niedersächsische Justiz leitete gegen Stoll disziplinarische Vorermittlungen ein, deren Ergebnis bei Redaktionsschluß noch nicht vorlagen. Frühere Disziplinarverfahren gegen Stoll gingen all aus wie das Hornberger Schießen ...

Revanchistische Offensive

Nach der Erklärung des Bundestages und der Volkskammer über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hatte nicht nur Helmut Kohl mit Proteststürmen bei seinem Auftritt vor dem "Bund der Vertriebenen" (BdV) in Stuttgart anläßlich des 40. Jahrestages der "Charta der Vertriebenen" zu kämpfen, auch **Otfried Hennig**, CDU-Vorsitzender in Schleswig-Holstein mußte als Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen zurücktreten, weil er für die Anerkennung der polnischen Westgrenze gestimmt hatte.

Bewegung herrscht auch am rechten Rand des größten Revanchistenverbandes. Der "Schlesier", einst offizielles Organ der Landsmannschaft Schlesien, läßt inzwischen selbst die "National-Zeitung" als gemäßigt erscheinen. Als Unterzeichner einer "Berliner Erklärung", initiiert von dem Struckumer Verleger **Rudolf Bohlinger**, treten auch ehemalige Größen der niedersächsischen Republikaner wie der Hannoveraner **Dieter von Glahn** auf und erklären die Bundestagserklärung für völkerrechtlich ungültig.

Immer wieder mit von der Partie ist die Nienburger BdV-Funktionärin **Ursula Stolle**, die ihre Aktivitäten jetzt weitgehend in die neofaschistisch durchsetzte "Gemeinschaft Ostdeutscher Grundeigentümer" und die "Notverwaltung des deutschen Ostens" verlagert hat. So findet noch im September ein von ihr geleitetes Seminar zur Gewinnung jüngerer Mitstreiter im "Collegium Humanum" in Vlotho statt. Diese eng mit dem ökofaschistischen "Weltbund zum Schutze des Lebens" verflochtene Heimvolkshochschule wird von **Werner Georg Haverbeck** geleitet, einstmals Mitglied der Reichsleitung des NS-Studentenbundes.

Andere hochkarätige Neofaschisten hat Stolles Gruppe für eine Tagung am 22. September im "Alten Forsthaus" in Bückeburg gewonnen. Dort sollen u.a. der führende bundesdeutsche 2Geschichtsrevisionist **Udo Walendy** und der Niederländer Dr. **Frans de Buy** referieren. De Buy ist in den Niederlanden wegen seiner faschistischen Thesen die Lehrerlaubnis entzogen worden.

Jan Philipp Reemtsma

Don't let them do it again, Uncle Sam

Über die psychotische Struktur des deutschen Nationalismus

Nur damit wir nicht vergessen, worum es eigentlich geht: "Deutschland", d.h. einen Staat dieses Namens, hat es gegeben von 1871 bis 1945, ein Menschenalter lang. In dieser Zeit hat der Staat Deutschland zweimal einen Krieg um die Weltmacht geführt, ist schuldig geworden am Tode von Abermillionen von Menschen, die in diesen Kriegen oder in zivilen Massenmorden getötet wurden. Die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung Europas gelang Deutschland fast vollständig. Gibt es einen einsehbaren Grund, Deutschland - ganz gleich in welchen Grenzen - wieder herzustellen? Nein; es nennt übrigens auch niemand einen Grund. Es heißt nur allenthalben, ein "geteiltes" Deutschland (recte: zwei Staaten auf dem gebiet des ehemaligen Staates Deutschland) sei unnatürlich, oder die Wiedervereinigung liege im historischen Trend; oder eben: was denn dagegen zu sagen wäre, wenn die Deutschen in einem Staate leben wollten? Was dagegen zu sagen ist, steht zu Beginn dieses Absatzes und sollte darauf hinweisen, daß es möglich ist, aus der Geschichte zu lernen.

Ich leugne natürlich nicht, daß der Krieg des kaiserlichen und der Krieg des nationalsozialistischen Deutschland erklärbar sind aus ganz bestimmten ökonomischen, sozialen und politischen Umständen, und daß diese durch ein neu vereinigtes Gesamtdeutschland natürlich *so* nicht wieder hergestellt werden. Ich möchte zu bedenken geben, daß die beiden deutschen kriegerischen Expansionen auch getragen waren von einem extrem aggressiven Nationalismus, der sich unterschied von anderen Nationalismen, und der vermutlich weniger die Voraussetzung eines deutschen Einheitsstaates gewesen ist als dessen Folge.

Der Nationalismus ist ja eine merkwürdige Angelegenheit. Die Liebe zu einem Land (nicht zu einer Landschaft) ist letztlich die Liebe zu einer Umrißzeichnung auf der Landkarte, nichts weiter. Und diese Umrißzeichnung ist die Grenze eines Herrschaftsgebietes. Historisch gesehen ist das Phänomen des Nationalismus eine Kompromißbildung: Es ist der Kompromiß zwischen einer Rebellion gegen (feudalistische) personale Herrschaftsausübung und das Akzeptieren des Weiterbestehens von Herrschaft. Man liebt nicht "den Herrscher", sondern das Gebiet, in dem Herrschaft ausgeübt wird.

Psychoanalytisch gesprochen handelt es sich beim Nationalismus um eine Zwangsneurose. Triebunterdrückung (verbotene Auflehnung gegen Herrschaft) nebst Verleugnung derjenigen Realität, die die Unterdrückung erzwingt (Leugnung personaler Herrschaft), mit dem Resultat von Zwangshandlungen, die ebenjenen Widerspruch immer wieder thematisieren: Rituale aller Art, formelhaftes Sprechen, repetitiver Umgang mit Fetischen, eben Hymnensingen, Eidesprechen, Fahnenschwenken, das Kolorieren von Landkarten usw. Der Nationalismus ermöglicht den Übergang von antifeudaler Rebellion in bürgerlich-staatliche Herrschaft, seine Lächerlichkeit ist Nachhall der Tragödie menschlicher Selbstunterwerfung. Überall dort, wo die antifeudalen Rebellionen nationalistisch wurden, war die Unterwerfung unter andere, in der Regel bürgerliche Herrschaft innerlich bereits akzeptiert. (...)



Bundestreffen der Landsmannschaft Oberschlesien am 24. Juni 1990 in Essen

Politisch ist der deutsche Patriotismus nicht der Ausdruck emanzipatorischer Energien und Zeichen ihrer Unterdrückung, sondern ihr Ersatz und ein wesentlich wahnhaftes Agieren von vornherein gewesen. Psychologisch ist der deutsche Patriotismus kein zwangsneurotisches, sondern ein psychotisches Phänomen. Bei der Neurose, schreibt Freud, wird "ein Stück der Realität fluchtartig vermieden, bei der Psychose aber umgebaut". Die Neurose ist im Kern Unterwerfung unter die Realität - um den Preis der Verleugnung der eigenen Triebziele und (da diese Verleugnung eine immerwährende Anstrengung ist) der Entstellung der Realität, die diese Verleugnung ständig erzwingt. Die Psychose versucht die Realität als eine solche zu imaginieren, die keine Triebeinschränkung nötig macht, oder die inneren Hemmnisse als äußere Realitäten zu imaginieren.

Der deutsche Patriotismus ist nicht das psychische Arrangement mit einer Niederlage, sondern politisch gesehen der Irrtum, die Niederlage wäre Folge der "deutschen Kleinstaaterei". Die vielen verlorenen kleinen Revolutionen von 1848 haben nicht zu vielen kleinstaatlichen Nationalismen geführt, sondern zu einem kollektiven Wahn: die eigentliche Niederlage sei nicht die nichtgewonnene Freiheit gewesen, sondern die verfehlte deutsche Einheit. Dies Verwechselung wird für die künftige deutsche Geschichte konstitutiv: Der Deutsche fühlt sich nur frei in seinen Grenzen. Die deutschen Patrioten haben jenen Zustand aktiv hergestellt, den andere Völker haben erleiden müssen.

Solange es keine deutsche Einheit gibt, ist das nur ein deutsches Problem. Es verwandelt sich jegliche emanzipatorische Regung an und lenkt sie auf sein wahnhaftes Ziel: den Staat "Deutschland". Seit Bismarck aber für seine Politik preußischer Hegemonie das Ziel hat Wirklichkeit werden lassen, ist aus diesem Wahn ein weltpolitisches Problem geworden. Denn es gibt für die Entstellung der Wirklichkeit durch den Psychotiker kaum Schlimmeres als die reale Anpassung der Wirklichkeit an seinen Wahn, da sie die wahnauslösenden Konflikte nicht behebt. Er empfindet die Realitätsanpassung als eine existentielle Bedrohung, denn die Erfüllung seines Wahns ist gleichzeitig der Zusammenbruch seines wahnhaften Konzeptes, durch das er sich selbst definiert. Er wird an seinem Wahne festhalten in der Behauptung, die Realität habe ihn noch nicht erfüllt, und er wird für die empfundene Bedrohung einen realen äußeren Schuldigen suchen. Die politische Folge sind außenpolitische Expansionen und innenpolitischer Terrorismus, 1914ff der erste Griff nach der Weltmacht, von '33 bis '45 Suche nach "Lebensraum" und Massenmord.

(Nachdruck aus KONKRET 1/90 leicht gekürzt)

Otto Geschke

Mit Grenze nicht einverstanden

Landsmannschaft Ostpreußen will weiterhin Revanche

Wie in jedem Jahr veranstaltete die Göttinger Landsmannschaft Ostpreußen auch in diesem September ihre Gedenkfeier im Rosengarten, zu der Vertriebene aus dem gesamten Bundesgebiet angereist kommen und für das vorher im "Ostpreußenblatt" wochenlang Reklame gemacht wird. Seit 37 Jahren wird hier streng militaristisch und revanchistisch ausgerichtet den Toten der beiden Weltkriege gedacht und natürlich der verlorenen Heimat, der Ostgebiete. Zu diesen Zwecke sammelt sich um das Soldaten-Ehrenmal unter dem Motto "Getreu bis zum Tode" eine erlauchte Riege von Organisationen aus der Braunzone, von der Landsmannschaft Ostpreußen, über das "Kuratorium `Soldaten-Ehrenmal Göttingen'", dem "Ring Deutscher Soldatenverbände", der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger" bis hin zum BdV.

Was man auf den ersten Blick leicht als ein Panoptikum aus Tucholskys Beschreibungen der Weimarer Republik mißverstehen könnte, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als durchaus moderne Variante deutschtümelnder Kulturpflege, wobei man schon einmal über die Oder-Neiße-Grenze hinaus Maß nimmt. Diese Revanchisten-Feier bekommt ihre Bedeutung durch die staatliche Weihe, die sie Jahr für Jahr erhält.

Auch dieses Jahr erhielt die Landsmannschaft Ostpreußen einen städtischen Empfang durch den Oberbürgermeister Levi (SPD), der es sich nicht nehmen ließ, dieser neofaschistisch durchsetzen Truppe staatliche Reputation zu verschaffen. Der Oberbürgermeister tat dies, *obwohl* er wußte, daß bei dieser Veranstaltung der Vertriebenen die Landsmannschaft Schlesien um den "Volk-ohne-Raum"-Propagandisten **Walter Leifer** (CDU) sich ein Stelldichein gibt und daß hier wieder der neofaschistische Heimat-Buchdienst Banszerus auf dem Veranstaltungsgelände die einschlägige Literatur feilbieten kann. Und der SPD-Oberbürgermeister tat es in dem Wissen, daß die diesjährige Veranstaltung nach der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch den Deutschen Bundestag und der DDR-Volkskammer noch stärker als in den Jahren zuvor eine explizite Ausrichtung gegen eine Verständigung mit Polen haben würde.

Der große Clou der diesjährigen Veranstaltung aber war der Auftritt der Bundestagspräsidentin **Rita Süssmuth**, deren Rede demonstrierte, daß traditioneller Nationalismus durchaus mit dem Modernisierer-Flügel der CDU zu harmonieren weiß. Während der Landesvorsitzende der Ostpreußen **Wilhelm von Gottberg** betonte, daß er mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze "nicht einverstanden" sei, da hier "geltende Rechtsnormen verletzt" würden und "die Schlußrechnung des zweiten Weltkrieges ausschließlich den Vertriebenen präsentiert" würde, während er also unverhohlen drohte, daß das "nicht dem Frieden diene", da sprach Frau Süssmuth über die notwendige Arbeit der Vertriebenen. "Die Arbeit der Vertriebenenverbände bleibe auch in dem sich rasch einigenden Europa wichtig," so Frau Süssmuth und mit Blick in die Zukunft fuhr sie fort: "Gerade wenn das alte nationalstaatliche Denken überwunden werde, bleibe die Aufgabe, kulturelle Identität und Erbschaft zu bewahren." Denn "Zukunft lasse sich nicht gestalten, ohne die eigene Geschichte mit einzubringen", so die Bundestagspräsidentin weiter. (Göttinger Tageblatt, 3.9.90) Rita Süssmuth, die ihren Wahlkreis in Göttingen hat, weiß ebenfalls um die langjährigen politischen Auseinandersetzungen um die Rosengartenfeier, und es ist ihr bestens bekannt, daß hier der Neofaschismus seinen festen Platz hat. Trotzdem ermunterte sie die Landsmannschaft Ostpreußen, trotz aller politischer Attacken die Feier auch in den nächsten Jahren durchzuführen. (vgl., HNA, 3.9.90)

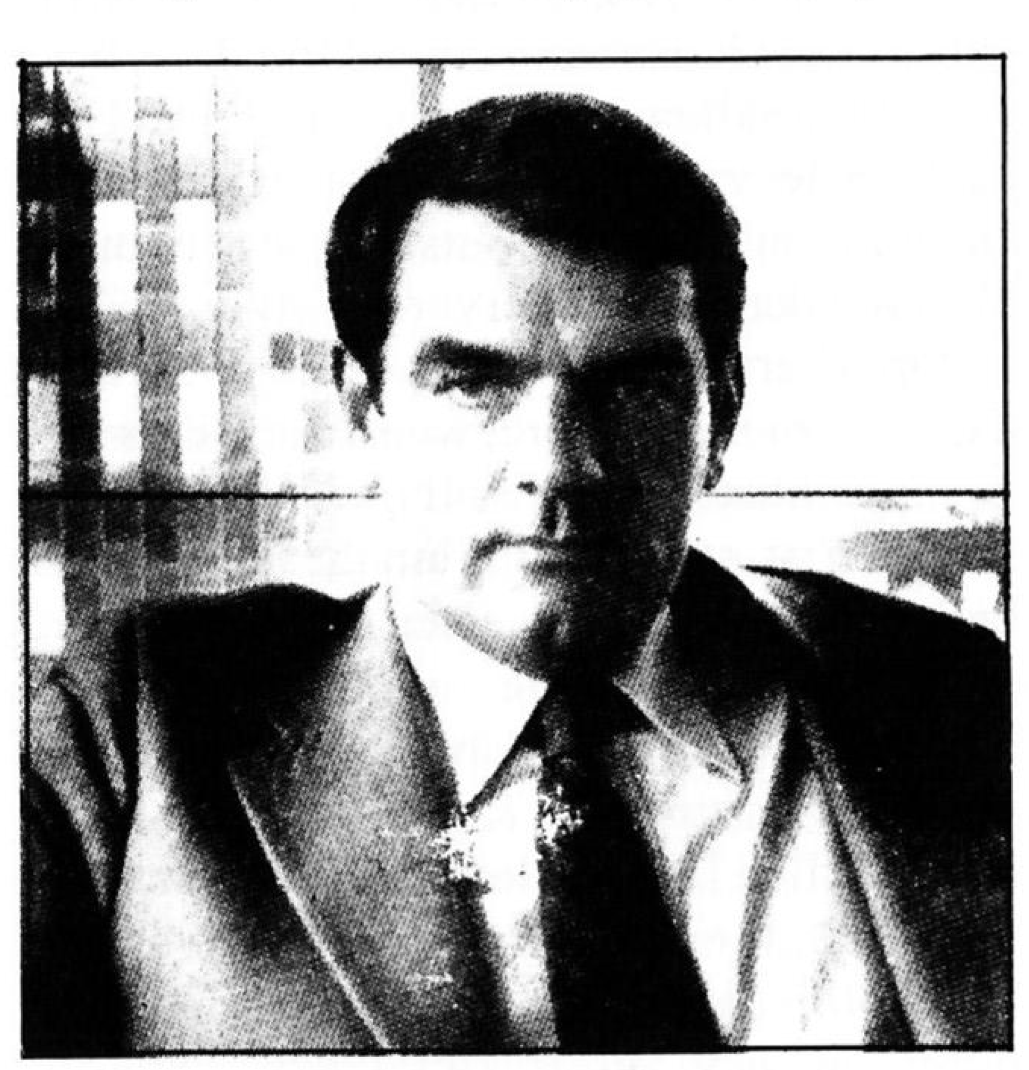
Eigentlich hätte die Landsmannschaft Ostpreußen mit diesem Auftritt der Bundestagspräsidentin rundum zufrieden sein können. Und an ihr hat es auch gewiß nicht gelegen, wenn die Stimmung diesmal etwas betrübt war. Der Göttinger Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen, **Alfred Wermke**, mußte den knapp 500 Zuhörern mitteilen, "daß die Feierstunde erstmals ohne militärische Beteiligung stattfindet". Dies ist sicherlich ein erster Erfolg langjähriger politischer Bemühungen von AntifaschistInnen. Hinzu kam, daß die Vertriebenen immer noch ihre "Soldaten-Ehrenmalfeier" ohne eben jenen Granit-Soldaten feiern mußten. Den hatten AntifaschistInnen in Selbsthilfe vor zwei Jahren erfolgreich vom Sockel geholt. Das Schlimmste allerdings dürfte gewesen sein, daß der Niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, in einem Brief vom 20.8.90 seine Teilnahme an der Rosengartenfeier ablehnte, auch "in Anbetracht der Präsenz neofaschistischer Kräfte bei diesen Feiern" und weil er "grundsätzlich das Feiern militärischer Traditionen vor dem Hintergrund der von Deutschland begonnen zwei Weltkriege, samt der damit verbundenen Verbrechen, für falsch" hält. Nachdem Ministerpräsident Schröder sich aus "terminlichen" Gründen der Einladung durch die Landsmannschaft Ostpreußen entzogen hatte, war die Einladung an Trittin durch die Landesregierung weitergereicht worden. Niedersachsen CDU-Generalsekretär Hartwig Fischer empfand die Absage als "beschämenden Vorgang. Es sei peinlich, wie sich die Landesregierung gegenüber den Veranstaltern und den ausländischen Gästen verhalte." (HNA, 31.8.90)

Trittins Absage ist ein hoffnungsvoller Ansatz. Schön wäre es wenn sich die Stadt Göttingen als lernfähig erwiese und sich im nächsten Jahr diesen Schritt anschlösse. Manchmal verändert sich auch etwas zum Positiven.

Die folgenden Auszüge stammen aus einem Artikel von Dr. M. Behrend, der in der Zeitung "antiFA" Nr. 8/1990 veröffentlicht wurde.

Ein "sanfter Faschist" auf DDR-Tournee

Zu den in der DDR zu beobachtenden "Neuerungen" gehört das ungehinderte Wirken fremder Neonazis. Nicht nur Republikaner, NPD und die hartgesottenen NSDAP-Wiedergründer um Michael Kühnen, kamen, sondern auch **David Irving**, eigenen Aussagen zufolge ein "sanfter Faschist". Spezialiät dieses heute 52jährigen Pseudohistorikers aus London, der auf kein abgeschlossenes Studium verweisen kann, ist die Reinwaschung deutscher Vergangenheit von braunen Flecken bei gleichzeitiger Diskreditierung aller Hitlergegner. (...)



In der Neonazi-Zeitung "SIEG" gefeiert: David Irving

Anfang der 80er Jahre wurde **Gerhard Frey**, der Herausgeber der "Deutschen Nationalzeitung" und Vorsitzender der "Deutschen Volksunion", Irvings Manager. Er organisierte Auftritte in allen Teilen der BRD. Erstmals 1990 wurde eine geplante Kundgebung mit Irving in Passau wegen drohender Störung der öffentlichen Sicherheit verboten. In der Noch-DDR gibt es keine solchen Bedenken. (...) Am 5. Juni 1990 begann der "sanfte Faschist" in Dresden seine erste hiesige Tournee. Sie steht unter dem Motto "Ein Engländer kämpft für die Ehre der Deutschen". Dresdens Oberbürgermeister Wagner empfing Irving an seinem Amtssitz. Bei dessen Vorträgen in der Elbestadt sowie in Leipzig und Gera, denen weitere folgen sollen, stellte der Redner Judenverfolgung und NS-Vernichtungslager als "Propagandalügen der Siegermächte" hin, die das "deutsche Volk erniedrigen" wollten. Geschichtsforscher, die anderes ermittelten, nannte er Feiglinge und Lügner. (...) Die rechtsextreme Mehrheit der Zuhörer sparte nicht mit Beifall. Irving sieht in "Mitteldeutschland" einen neuen Stützpunkt für sich.

Anton Maegerle

"Rest-Deutsch"

20.000 Broschüren zum Themengebiet "Die deutschen Ostgebiete - aus staats- und völkerrechtlicher Sicht" verschickt zur Monatswende August/September 1990 der in Struckum/Nordfriesland ansässige "Deutsche Rechts- und Lebensschutz-Verband e.V." (DLRV), dessen Ziel ist, der "Wahrung zentraler deutscher Lebens- und Rechtsinteressen zu dienen".

In einem Begleitschreiben, der ca. 60 Seiten umfassenden Broschüre, teilt der DLRV-Bundesvorsitzende, **Roland Bohlinger**, den LeserInnen des unaufgefordert zugegangenen Heftes mit: "Liebe Freunde Ostdeutschlands! Kein Volk gedeiht ohne Rechtsstaatlichkeit. Aber besitzt der heutige restdeutsche Staat - 'unser' Staat vermag ich nicht zu formulieren - den Charakter der Rechtsstaatlichkeit,
- wenn dessen Führung etwa ein Drittel uralten deutschen Landes ohne Zustimmung des Volkes an einen anderen Staat abtritt,
- wenn die Abtretung gegen fundamentale Prinzipien des Völker- und Staatsrechts verstößt,
- wenn dieser Abtretung die weitgehende Austreibung und Ausraubung sowie teilweise Ausrottung der dortigen deutschen Bevölkerung vorausging?"

Nach Eigenangaben von Bohlinger verfügt sein Verband "über mehr als 130.000 Anschriften nur aus dem sogenannten nationalen und völkischen Bereich". Dazu kommt noch eine große Zahl von Anschriften aus dem konservativen Bereich und aus Kreisen der Vertriebenen." (Juni-Rundbrief).

Bohlingers Aktion läuft im Rahmen eines "volkspädagogischen Feldzuges", den dieser mit Schreiben vom 5. Juni 1990 bundesweit angekündigt hatte. Gestartet wurde der "Feldzug" mit der Verbreitung einer "Berliner Erklärung zur Zukunft Deutschlands" vom 31. Mai 1990, die in enger Anlehnung an einen Text der "Rechtsverwahrung" des Präsidiums der "Nationalversammlung des Deutschen Ostens" entstanden ist. Bezüglich der Gebiete des "deutschen Reiches, die jenseits der sogenannten Oder-Neiße-Linie liegen," stellt die Berliner Erklärung fest, daß diese Gebiete "und deren angestammte Bewohner" ihr Wohnrecht und ihr dort gelegenes Eigentum nicht verloren" hätten. Der Erklärung ist ferner zu entnehmen, daß "die Unterzeichner (...) Rechtsverwahrung (...) gegenüber jeder Form der Aufgabe der völkerrechtlich gesicherten Rechtsansprüche auf die genannten deutschen Ostgebiete" einlegen.

Auf dem Titelbild der Broschüre "Die deutschen Staatsgebiete - aus staats- und völkerrechtlicher Sicht" wird de erste Nachkriegsvorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, mit dem Zitat "Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Wir lehnen Nationalverrat ab!", von dem rechtsextremistischen DRLV für dessen revanchistische Auffassungen mißbraucht.

Bohlingers revanchistische Auffassungen sind selbst in dem "DRLV-Hetzblatt" nachzulesen:

"Eine Abtretung der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes verstößt gegen das geltende Völkerrecht, Verfassungsrecht, Strafrecht und Privatrecht. Das wirft die Frage auf, ob damit die Befürworter der Abtretung als Rechtsbrecher einzustufen sind."

Der antisemitischen DRLV-Bundesvorsitzende, der in seinem Begleitschreiben auch für "die beiden Sachen Ostpolitik am kompromißlosesten auftretenden Presseorgane: Den "Schlesier" und den "Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens" wirbt, plant den weiteren Ausbau seiner Kampagne. So soll in den nächsten Tagen eine "Analyse des polnischen Volkstums und seiner Geschichte" erscheinen, die es "ermöglicht", "viele Besonderheiten und Verhaltensmuster unseres östlichen Nachbarn besser zu begreifen und für eine konstruktive Politik zu beachten." Geplant ist ferner auch ein "Internationales Völkerrechts-Symposium" sowie der Aufbau eines "Forums", "auf dem alle oppositionellen Gruppen in der Frage der deutschen Ostgebiete vertreten sein sollen."

Stefan Weigang

Madsack wiegelt ab

"Feierliche Erklärung des Deutschen Bundestages" war - mit einem Bundesadler versehen - der Titel einer Anzeige in der "Leine-Zeitung" am 21. Juli 1990. Das ist die örtliche Beilage für Neustadt/Wunstorf/Garbsen zur Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) und der Neuen Presse (NP) - beide werden vom Madsack-Konzern herausgegeben.

LeserInnen, die hier die Erklärung des Bundestages vom 21. Juni 1990 zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze erwartet hätten, sahen sich getäuscht: Ein fast genau 40 Jahre altes Dokument des Kalten Krieges wurde hier der Öffentlichkeit ohne Angabe des Inserenten untergeschoben, der offizielle Charakter von Anzeigen der Bundesregierung imitiert.

Auf Anfrage erklärte die Chefredaktion der HAZ, "die Anzeige hätte aus mehreren und auch rechtlich abgesicherten Gründen nicht erscheinen dürfen." Sicherungen im Produktionsablauf seien ausgefallen, so daß die Veröffentlichung auch bei der Chefredaktion "höchste Verärgerung" ausgelöst habe:. 2"Hier sollte die Öffentlichkeit in übler Weise in die Irre geführt werden," teilt HAZ-Vizechefredakteur Dr. Strauch mit, aber um "nicht noch weiteres Aufsehen über eine peinliche Angelegenheit entstehen" zu lassen, wird die "Leine-Zeitung" angewiesen, redaktionell zu reagieren. Den (privaten) Auftraggeber aus vermutlich Garbsen nannte Dr. Strauch nicht und blieb auch nach dem Hinweis auf Verstöße gegen das Pressegesetz und das Ordnungswidrigkeitengesetz bei seiner ablehnenden Haltung.

Feierliche Erklärung des Deutschen Bundestages



»Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden.

Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.

Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben.«

Die Fraktionen des Deutschen Bundestages, 13. 6. 1950

Eine Presseerklärung des GRÜNEN MdB Helmut Lippelt wurde nicht veröffentlicht: "Ich bin von Bürgerinnen und Bürgern auf diese Anzeige angesprochen worden. Diese Anzeige ist ein Skandal und stellt eine bewußte politische Irreführung der Leserinnen und Leser dar," äußerte Lippelt. "Hier wird entgegen aller politischen und rechtlichen Veränderungen politische Hetze betrieben." Darüberhinaus sei mit der Veröffentlichung, die weder als Anzeige gekennzeichnet noch mit dem Namen des Urhebers versehen war, mehrere Gesetze verletzt worden.

"Es kann nicht angehen, daß so mit dem Hoheitszeichen des Deutschen Bundestages Mißbrauch betrieben wird," stellt der Bundestagsabgeordnete fest und forderte die Redaktion der Leine-Zeitung auf, den Sachverhalt in einer ausführlichen redaktionellen Erklärung richtigzustellen.

Eine Stellungnahme der angeschriebenen Bundestagspräsidentin zu diesem Vorgang steht noch aus.

"Evangelische Notgemeinschaft" in Dassel

"Kirche muß Kirche bleiben" lautet das Motto einer kleinen Gruppierung am rechten Rand der evangelisch-lutherischen Kirche, der "Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland" (ENG). Gemeint ist damit, daß sich die Kirche aus dem politischen Tagesgeschäft herauszuhalten habe. Eine Maxime, die diese Gruppe im Bereich zwischen Pietismus, Konservatismus und Neofaschismus selbst jedoch nicht einhält. So wird in den letzten Ausgaben der Verbandszeitschrift "Erneuerung und Abwehr" heftig gegen die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze polemisiert. Antikommunismus paart sich bei diesen Evangeliken mit der Nähe zum südafrikanischen Rassistenregime.
Über Ortsgruppen verfügt die ENG u.a. in Lüneburg, Oldenburg, Hannover, Hildesheim, Braunschweig und Osnabrück. So ist es auch nur folgerichtig, daß das südniedersächsische Dassel als Ort für die diesjährige Herbsttagung der Gruppe gewählt worden ist. Vom 12.-14. Oktober treffen sich die Streiter für ein unverfälschtes Evangelium im CVJM-Erholungsheim. Das Motto der diesjährigen Tagung verdeutlicht die Perspektive der Rechten: "Deutsche Vergangenheit - Europäische Zukunft". Ein Großdeutschland reicht nicht länger, Europa ist das Ziel. Es werden u.a. referieren Dr. **Philipp von Bismarck** und Prof. **Walter Bodenstein**, der auch schon für die "criticon" schrieb.
Um Geld braucht sich die Gruppe offenbar nicht zu sorgen. Der Versand der Zeitschrift "Erneuerung und Abwehr" erfolgt kostenlos.

Braunes Kulturwerk

Am 6./7. Oktober findet anläßlich des 40-jährigen Bestehens in Bad Bevensen die Jahrestagung des "Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" (DKEG) statt. Der Hörerschaft soll dort "unverfälschte deutsche Literatur" nahe gebracht werden.
Das DKEG wurde am 1. Mai 1950 von dem ehemaligen SA-Dichter **Herbert Böhme** gegründet, um den literarischen Wegbereitern der Nazis ein Forum für ihre Werke zu schaffen. Zu denen, die im "europäischen Geist" die deutsche Literatur vertreten, gehörten Schriftsteller wie der "Volk ohne Raum"-Verfasser **Hans Grimm** oder der ehemalige SA-Oberführer **Gerhard Schumann**. Stets mit von der Partie waren führende Funktionäre neofaschistischer Parteien. Dies änderte sich auch nicht nach der Übernahme des Vorsitzes der Gruppe durch den bayerischen Richter **Stempel**, ein CSU-Mitglied.
Nachdem sich vor etlichen Jahren die radikalere norddeutsche Opposition um den Bassumer **Alfred Mahncke** und den ehemaligen Braunschweiger BHJ-Führer **Gernot Möhrig** abgespalten hatte, ist dies der seit langem erste Versuch dieser zwar überalterten, aber immer noch einflußreichen Kulturorganisation, wieder in Norddeutschland Fuß zu fassen.

Anton Maegerle

Auschwitz-Lüge?

Der Konrad-Adenauer-Preisrträger Armin Mohler leugnet den Holocaust.

"Die 32. Probe stammte aus einem Raum, der unbestritten als Entlausungsraum gedient hat. (...) Der einzige Raum, in dem nennenswerte Zyan-Reste festgestellt werden konnten, war Gebäude 32, die ehemalige Entlausungskammer Nr. 1 in Birkenau, in dem nachweislich Zyan zur Entwesung (Desinfektion) von Kleidern verwendet worden war. Hingegen sind die Zyanspuren in den angeblichen Vergasungsräumen so gering, daß sie höchstens von einer einmaligen Desinfektion stammen können. Hätten diese Räume auch nur einige Zeit lang die behauptete Benutzung gefunden, so müßte der Zyan-Gehalt dort um ein Vielfaches höher sein als in der Entlausungskammer. (...) Sollte es auch in den in Polen liegenden KZs (den sogenannten Vernichtungslagern) nicht zu Massentötungen in Gaskammern gekommen sein, so wäre das das Ende der These von der Singularität der deutschen Verbrechen, die sich ja vor allem aus den Horror-Visionen von den Gaskammern nährt. Die nicht anzweifelbaren Massenmorde der Ohlendorfschen Einsatzgruppen (über deren Opferzahl noch gestritten wird) sind zwar schauerlich - aber sie unterscheiden sich nicht (auch quantitativ nicht) von dem, was sich andere kriegsführende Nationen im Zweiten Weltkrieg geleistet haben. Und die Gas-Autos scheinen nicht über vereinzelte Versuche hinaus entwickelt worden zu sein."
So **Armin Mohler**, der 1967 aus der Hand von Konrad Adenauer den ersten "Adenauer-Preis für Publizistik" erhielt, in seinem Beitrag "Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung", der in der neuesten Ausgabe des in Köln im 3. Jahrgang zweimonatlich erscheinenden Periodikums "Europa vorn" (Nr. 8 vom Juli 1990) nachzulesen ist.
Herausgeber von "Europa vorn" ist **Manfred Rouhs**, REP-Aktivist, seit 1986 Jura-Student in Köln, ehemals aktiv als Generalsekretär des "Ringes freiheitlicher Studenten", Bundestagskandidat der NPD und Funktionär des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes".
Weitere Beiträge in "Europa vorn" stammen u.a. von **Johanna Grund**, MdEP für die REP und **Marcus Bauer**, Kölner REP-Aktivist und Student in den Fächern Geschichte und Politik in München.
Erstveröffentlicht ist Mohlers Beitrag "Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung" in seinem Buch "Der Nasenring", das im letzten Jahr im nationalrevolutionären "Verlag Heitz & Höffkes" (Essen) erschienen ist und zwischenzeitlich in einer Zweitauflage vorliegt.
Der Verlag preist Mohlers Überlegungen in Anzeigen wie folgt an: "Der Schweizer Armin Mohler hat sich seit den früher Nachkriegsjahren mit der sogenannten Vergangenheitsbewältigung beschäftigt und 1968 das erste Buch über dieses Thema (Vergangenheitsbewältigung") vorgelegt. Seither hat jedoch das "Bewältigen" Dimensionen angenommen, die damals keiner für möglich gehalten hätte. Es ist zur Staatsdoktrin für die Bundesrepublik und zum Regelmechanismus unserer Gesellschaft geworden. Mohler hat deshalb im Frühjahr 1989 in unserem Verlag eine umfassende, sowohl historisch-politische wie psychologische Analyse der Vergangenheitsbewältigung von 1945 bis heute veröffentlicht, von der bereits fünf Monate später eine zweite Auflage gedruckt werden mußte."
Mohler, der auch schon für die "Deutsche National-Zeitung" unter dem Pseudonym **Michael Hintermwald** publizierte, leugnet in seinem Beitrag "Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung" die Massenvergasung in den KZ's. Er stützt sich dabei auf das sogenannte Leuchter-Gutachten, das im Auftrag des deutschstämmigen Neonazi und Antisemiten der übelsten Sorte, **Ernst Zündel** aus Kanada , von dem nordamerikanischen Ingenieur und selbsternannten Gaskammerspezialisten **Fred A. Leuchter**, nach illegalen Untersuchungen vor Ort in Auschwitz/Birkenau und Majdanek erstellt wurde.
Dr. **Herbert Fleissner**, Verleger der Verlagsgruppe Ullstein/Langen-Müller (bei Langen-Müller, einem Verlag, der regelmäßig in der rechtsextremistischen Monatsschrift "Nation Europa" inseriert, wurden auch die Bücher von **Schönhuber** verlegt), des drittgrößten Buchkonzerns der Bundesrepublik, mit dessen "Entsorgungsfleiß ... der Nationalsozialismus zur bloßen Protuberanz in der Gesamtherrlichkeit der deutschen Nationalgeschichte minimiert wird" (Thomas Assheuer), merkt zu Mohlers Buch an: "Beeindruckt hat mich, mit welcher Kompetenz der Autor an das Thema herangegangen ist und wie suggestiv seine Darstellung durch das Einbringen persönlicher Erlebnisse wirkt. Ein Buch, das auch für unser Selbstbewußtsein dringend notwendig ist."
Fleissner selbst ist Mitglied des 1947/48 von ehemaligen sudetendeutschen Nazis gegründeten "Witiko-Bundes".
Mohler, Vordenker der "Neuen Rechten" in der Bundesrepublik und Mitbegründer des "Deutschlandrates" (Initiatoren u.a. Franz Schönhuber, Professor **Robert Hepp** und Professor **Bernard Willms**), der 1983 "die Entkriminalisierung unserer Geschichte als Voraussetzung für ein selbstverständliches Nationalbewußtsein" forderte, wurde am 12.April 1920 in Basel geboren. In einem "Gesuch um Aufnahme an die Universität Berlin" vom 24. März 1942 charakterisiert sich Mohler selbst treffend bei der Beschreibung seines Lebenslaufes: "Was meine weltanschauliche Haltung betrifft, so habe ich mich, einer dem neuen Deutschland gegenüber fast ausnahmslos verständnislosen Umgebung entstammend, allmählich zu einer anderen Einstellung entwickelt. Auf der



Mit Sonnenbrille: Axel Zehnsdorf (FAP)

Mit Megaphon: Gottfried Küssel, VAPO-Österreich

rechts = links ?

Meine mit heißen Fingern getippte Wunsiedel-Glosse hat beim Nachlesen Fragen in der Redaktion aufgeworfen. Vielleicht ist in der Tat bei diesem Thema eine seriösere Form und eine weniger saloppe Schreibe geboten. Schließlich fand der Naziaufmarsch nun schon im dritten Jahr statt, ebenso ist abzusehen, daß die Kleinstadt im Fichtelgebirge auch in den nächsten Jahren als Fascho-Wallfahrtsort Schlagzeilen machen wird. Trotzdem meine ich, muß es im RECHTEN RAND drin sein, einen anderen Zugang in der Berichterstattung zu finden als die immer gleichen Nachrichtenartikel und Demo-Berichte. Was mich selbst im Nachhinein an meinen Zeilen irritiert, ist die sich aufdrängende links = rechts-Assoziation. Bei aller Kritik am dumpfen Demo-Verhalten einiger AntifaschistInnen weiß ich sehr wohl zu unterscheiden und hoffe, im Kreis der engagierten Leserschaft, nicht zu Irritationen über meine und die Haltung des Projektes beigetragen zu haben. Vielleicht ist die provokative Form ja Anlaß von Diskussion. Über Zuschriften freut sich die Redaktion.

WoBe

Rechts gut - links böse?

"Die militante Rechte hat ihr Ziel erreicht: von den Behörden erlaubt und von der Polizei geschützt konnten sie ihre menschenverachtende Ideologie öffentlich verbreiten, mit einer Teilnehmerzahl, die alles bisherige übertrifft. Allzu deutlich wurde an diesem Tag, daß der Todestag des Kriegsverbrechers Rudolf Hess nur als vorgeschobener Anlaß dazu dient, derart öffentliche Auftritte anzumelden, und auch genehmigt zu bekommen.

Doch diese Tatsache wollen weder die Bevölkerung, noch die Presse oder die verantwortlichen Politiker sehen. Inhaltliche Informationen sind nicht gefragt und werden sogar per Absprache mit Landrat und Presse ausdrücklich verhindert. Als Ersatz werden "Bandenkriegsgeschichten" verkauft, in denen immer die "importierten Chaoten" aus Berlin und Hamburg an allem Schuld sein sollen - ganz nach dem Motto: "die einen sind so schlimm wie die anderen", "heutzutage gibt es doch keine Nazis mehr" oder "die Ewig-gestrigen verschwinden schon von allein wieder". So die Stimung in der Bevölkerung. Stadt und Landratsamt schließen sich dieser Meinung an und suchen nach Wegen, die Gegen-Demo zu verbieten: "Wunsiedel soll nicht zum Mekka der Chaoten werden" (so eine Resolution des Wunsiedeler Stadtrats). Nicht der alljährliche Aufmarsch der Faschisten ist das Problem, sondern wir, die wir mit dem Finger drauf zeigen, dagegen protestieren und ein Verbot fordern."

(aus einer Stellungnahme des Arbeitskreises gegen alte und neue Nazis Fichtelgebirge)

Otto Geschke

Der Nazi, das Beil und der Staatsanwalt

Überfall auf Antifaschistin bei FAP-Landesparteitag

14. Juli 1990: In Mackenrode, einem kleinen Dorf in der Nähe von Göttingen sollte laut "Fund" eines internen Schreibens der FAP "Gau Niedersachsen" ein FAP-Landesparteitag stattfinden. Da die FAP auf diesem Schreiben eine "Spontandemo" unter dem Motto "Nieder mit der Fremdherrschaft" angekündigt hatte, fuhren AntifaschistInnen Streife, um den eventuellen Tagungsort der FAP herauszubekommen und sich vor möglichen Angriffen der Neofaschisten schützen zu können.

Antifaschistinnen, die sich deshalb in Makkenrode aufhielten, wurden von dem FAP-Funktionär **Karl Polacek** und dem FAP-Skin **Oliver Simon** angepöbelt und dann angegriffen. Oliver Simon schoß mit Leuchtspurmunition aus unmittelbarer Nähe auf die Antifaschistinnen und verletzte eine Frau. Karl Polacek jagte eine Frau mit einer Axt und verletzte sie mit einem Axthieb am Kopf. Beide Neonazis wurden daraufhin von der Polizei verhaftet. Gegen Polacek wurde ein Haftbefehl wegen versuchten Totschlags erlassen. Nach einer vierstündigen Vernehmung wurde der Haftbefehl "gegen Auflagen" bereits einen Tag später ausgesetzt. Der mehrfach vorbestrafte Polacek mußte lediglich eine Kaution von 5.000 DM zahlen. Oliver Simon wurde bereits wenige Stunden nach der Tat von der Polizei auf freien Fuß gesetzt.

Die Göttinger Justizbehörden haben damit der Öffentlichkeit demonstriert, daß sie kein Interesse daran haben, den neofaschistischen Terror in Südniedersachsen hart anzufassen. Der versuchte Totschlag durch einen *der* Führer des südniedersächsischen militanten Neofaschismus wird hier schon fast als eine Art Kavaliersdelikt verstanden.

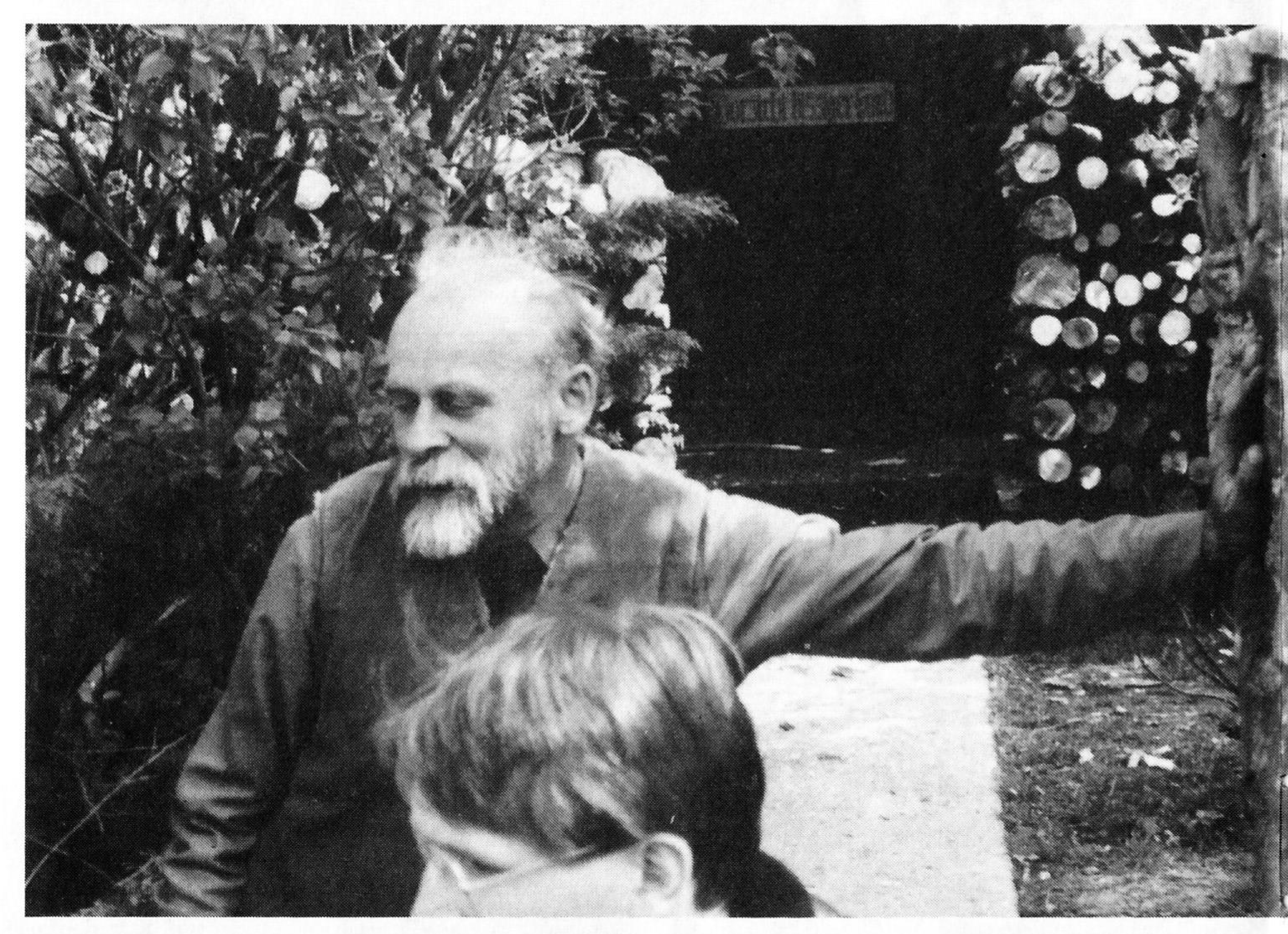
Um in dieser Beziehung auch ja keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wurde ein spontane Demonstration von AntifaschistInnen gegen den Nazi-Terror am 14.7.90 in Mackenrode - die zwei Stunden nach dem Nazi-Überfall durchgeführt wurde - von der Polizei ohne Vorwarnung und völlig grundlos, dafür aber mit besonderer Härte und dem Einsatz von CS-Gas angegriffen. Die Göttinger Polizei erklärte hingegen später das genaue Gegenteil: Sie habe im Steinhagel gestanden, wäre zudem mit Leuchtspurmunition angegriffen worden und hätte quasi in Notwehr gehandelt. Die Polizisten, die das Anwesen von Polacek schützten, haben daraufhin "gefürchtet, den Druck des Zuges nicht länger stand halten zu können." Der Leiter des Polizeiabschnitts Göttingen, Otto Knoke, versicherte - man sollte annehmen nach gewissenhafter Prüfung der Vorfälle - gegenüber der Presse: "Die Menge war außerordentlich rabiat." (Göttinger Tageblatt, 16.7.90)

Doch diese Polizeiversion hielt nur kurze Zeit. Nachdem mehrere Betroffene Strafanzeigen wegen "Körperverletzung im Amt" gestellt hatten und die Beweislage für die Polizei ungünstig wurde, mußte die Göttinger Polizei nun einräumen, daß sie "ohne Vorwarnung und ohne zuvor angegriffen worden zu sein" gegen die antifaschistische Demonstration vorgegangen ist (Göttinger Tageblatt, 17.7.90). Ein deutliches Exempel: Eine politisch ausgerichtete Polizei zeigt in aller Klarheit auf welcher Seite sie steht.

Auch die Nazis haben die Botschaft verstanden und zeigten sich durch das Verhalten der Polizei und Justiz ermutigt: Am Abend des 14. Juli griffen ca. 20 Nazis Jugendliche in einem Göttinger Stadtteil mit Stahlruten, Knüppeln und Leuchtmunition an. Ein Jugendlicher mußte mit einer Kopfverletzung ins Krankenhaus. Nur wenig später warfen Nazis eine Rauchbombe in eine Wohngemeinschaft.

Oliver Simon

geb. 4.3.73, wohnt derzeit in Makkenrode bei Polacek. FAP-Skin und Aktivist, beteiligt an mehreren Nazi-Überfällen, so u.a. an der FAP-Demonstration am 9.12.89 in Göttingen und an einem bewaffneten Überfall auf AntifaschistInnen im Göttinger Amtsgericht am 12.12.89. Zusammen mit Polacek greift er AntifaschistInnen am 14.7.90 in Mackenrode an . Wird von seinen "Kameraden" aus der FAP öfter zusammengeschlagen. Um sich bei ihnen zu beweisen, tritt er nach außen öfter brutal und aggressiv auf.



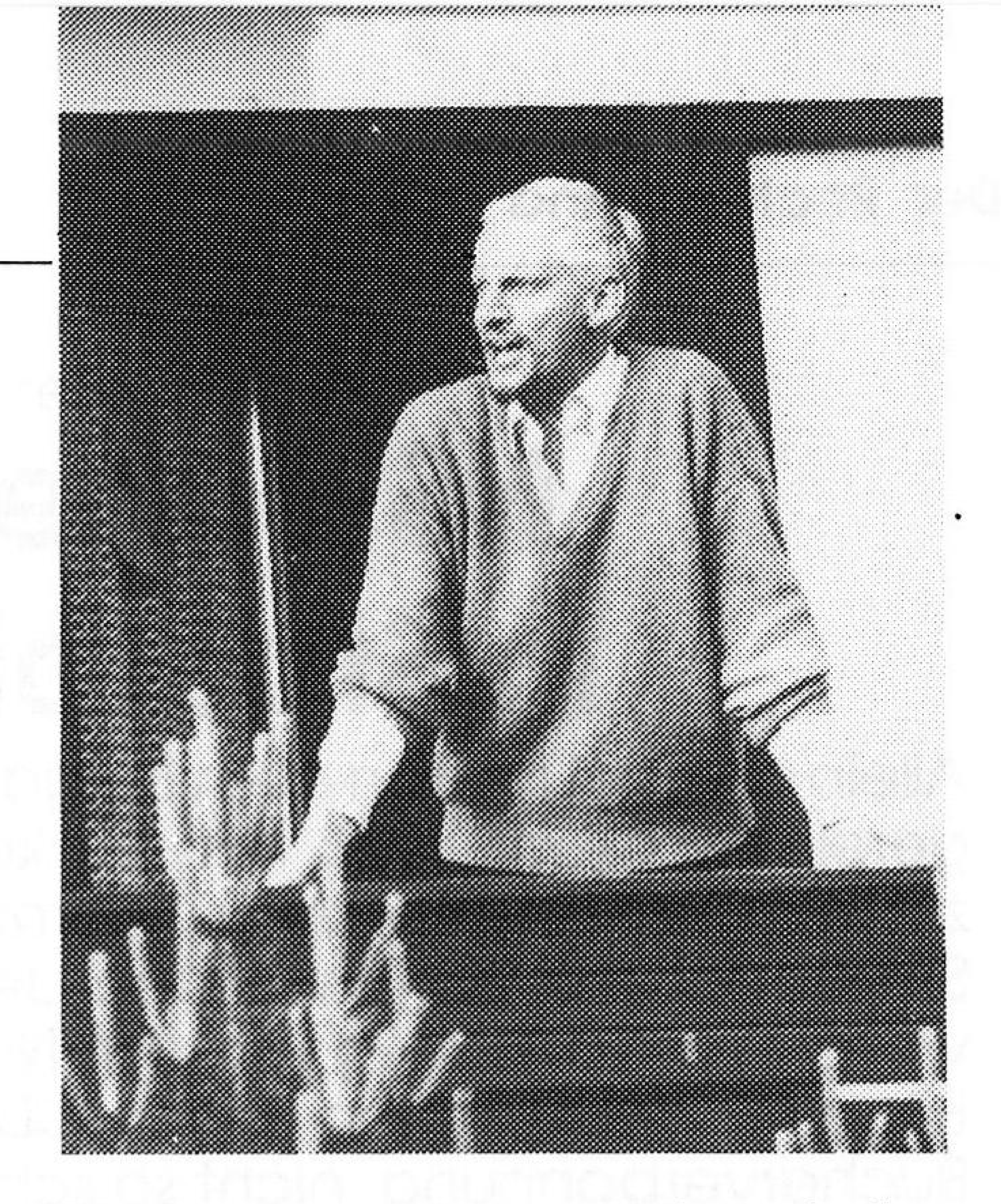
Karl Polacek

geb. 25.10.1934 in Wien. War Mitglied im "Bund Heimattreuer Jugend" und dann in der "Bündischen Jugend". Lebt seit 1981 in Mackenrode Göttingen. 1983 tritt er in die NPD ein und wird dort stellvertretender Kreisleiter. Für die NPD organisiert er den Europawahlkampf 1984 in Göttingen. Ab März 1984 führt Polacek kurzzeitig einen Nazi-Buchladen in Duderstadt, getarnt als Kleinkunstladen. Polacek verläßt die NPD und gründet im Herbst 1985 in Mackenrode einen Kreisverband der FAP. Er hatte zunächst die Funktion des Schriftleiters, wurde dann "Gau-Kassierer" und "FAP-Bezirksvorsitzender". Sein Haus in Mackenrode wird zu einem der vier bundesweiten FAP-Zentren, hier finden Schulungsveranstaltungen statt und hier ist die Zentrale der "Deutschen Frauenfront" in Südostniedersachsen. Es ist Kontaktadresse für Neonazi-Computerspiele, Ausgangsort für Schlägereien, Brandstiftungen, Wehrsportübungen etc. Polacek ist mehrfach vorbestraft, u.a. wegen Körperverletzung. Zur Zeit läuft gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags. (Quelle: "Doku. Nazi-Aktivitäten und Polizeiverhalten in Südniedersachsen. Fakten - Analysen - Hintergründe.")

Rosa Weiß

Neonazi-Arzt terrorisiert Dorfbewohner

Fünf Jahre schafften es der dänische Neonazi und Arzt Hans Christian Krogh Pedersen (42) und seine Ehefrau Andrea Regine (37) - bekannt unter dem Namen Thora Ruth - die 4000 Seelen zählende Gemeine Sörup bei Flensburg in Atem zu halten.



Verhielt sich Pedersen anfangs zurückhaltender als Ehefrau Andrea, entpuppte er sich spätestens 1989 nach Rangeleien und Spuck-Orgien als brutaler Schläger.
Diplom-Biologin Andrea legte ihr Hauptaugenmerk auf die Herausgabe der Zeitung "Söruper Rundschau - Zeitung für das deutsche Reich", dem Organ der ominösen "Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup" (ASS). Die ASS entpuppte sich als Kaderverein, eingetragen unter der Adresse des Hamburger Rechts-Anwalts **Jürgen Rieger** und besteht aus deutschen und dänischen Neonazis. Während Rieger als Rechtsvertreter des Vereins fungiert, bildet das Arztehepaar Pedersen den Vorstand.
Pedersen selbst war schon 1971 in der dänischen Nazi-Szene als enger Mitarbeiter des selbsternannten "Reichsführers" **Riis-Knudsen** ein Begriff. Als Generalsekretär von "Danemarks Nationalsocialitiske Ungdom" (Jugend) gab er die Zeitung "National O sozicialisten", Organ von "Danmarks Natioalsocialistiske Bevaegelse" (Bewegung) heraus. Gemeinsam mit Riis-Knudsen entwickelte er rege Aktivitäten in der Öffentlichkeit. Er selbst bezeichnete sich schon damals, an der Spitze der Initiative "Bekämpft Christiana", als "Herrenmenschen" (nach "Ekstra Bladet).
1975 nahmen beide an dem von **Manfred Roeder** inszenierten "Reichstag zu Flensburg" teil. In der Folgezeit handelte sich Pedersen im Jahre 1978 ein Ermittlungsverfahren wegen Rassendiskriminierung ein. Laut der dänischen Zeitung "Jydske Tidende" vertrieb er von Dänemark aus die Zeitung "Wille und Weg", das Organ der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) aus dem Umfeld **Michael Kühnens**. 1981 enttarnt die Journalistenzeitung "Informationen" sein Postfach in Aarhus als Adresse von **Matt Koehls** "World Union of National Sozialists" (WUNS), Virginia-USA. Knapp ein Jahr später verschwindet Pedersen aus Dänemark in die Bundesrepublik (Schenefeld-Itzehoe) und wird 1985 von dänischen Journalisten in Sörup aufgespürt.
Ehefrau "Thora" begann ihre braune Karriere im "Ostpolitischen Deutschen Studentenbund" (ODS) und erfreut sich häufiger Zitierung aus ihrem Beitrag in **W.v. Ovens** (ehem. Pressereferent von Goebbels) argentinischem "La-Plata-Ruf"(Nr.9/73).
1975 erscheint in Riegers "Neue Anthroplogie" unter dem Namen Th.. Ruth (Geburtsname) der Beitrag "Rassemischung - Wissenschaft und Ideologie" und 1979 spricht auf einer Veranstaltung des "Hochschulrings Tübinger Studenten" Thora Ruth über "Südafrikas mutiger Kampf - aus eigener Erfahrung".

In der Gemeinde Sörup erregten beide 1985 erstmals das Interesse der Öffentlichkeit, als sie eine Gedenkrede zum Volkstrauertag lautstark und handgreiflich störten, in der der Opfer des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gedacht wurde.
Auseinandersetzungen in Form von Presseartikel und Offenen Briefen waren die Folge. Auch der Freund der Pedersens, der Alt- und Neonazi **Thies Christophersen** meldete sich aus seinem dänischen Versteck in Kollund zu Wort.
1986 versuchte Thora als Einzelbewerberin in den Gemeinderat zu gelangen. Im gleichen Jahr empörte ein geschichtsrevisionistisches Hetzflugblatt die Gemüter ebenso wie die Forderung, ein Kindergartenkind solle wegen seiner afrikanischen Eltern auf AIDS untersucht werden.
Mittlerweile wurde über die dänische Presse bekannt, daß Nazi-Propagandamaterial, gedruckt in Riis-Knudsens "Norland-Forlaget" (Aalborg) in die Bundesrepublik geschmuggelt und in größeren Mengen aus Sörups Umgebung verschickt wurde.
Im Februar 1987 erschien die erste "Söruper Rundschau" mit einem Artikel zum Thema AIDS, in dem offen-rassistisch unterstellt wurde, Afrikaner trieben Geschlechtsverkehr mit Affen: "Wie wurde denn der erste Neger vom Affen infiziert? Wohl kaum durch Bluttransfusion, und Affen spritzen auch nicht Heroin." In der gleichen Ausgabe erschien der Dorfpolizist, ein Sozialdemokrat, mit seinem Kopf in einem Pranger. Sein Verhängnis war es, in der Sache Volkstrauertag tätig werden zu müssen. Pedersen behauptete, er sei von ihm geschlagen worden. Einzige Zeugin: Thora.
Damit war die Funktion des Blättchens (bisher erschienen 15 Ausgaben) deutlich. Waren es anfangs noch Sachautoritäten, wie Pastoren und Berufskollegen, deren Ansehen untergraben werden sollte, wurden später auch andere Bürger mit den verleumderischen Verdächtigungen (Geisteskrankheit, Terroristenfreunde, Ehebruch, Mordanschlag geplant usw.) überzogen.
Nach Störaktionen gegen eine Veranstaltung der "Grünen" 1988 unter dem Motto "Gefahr von Rechts" - dort provozierte der Neonazi-Arzt nach Handgreiflichkeiten mit dem Ausspruch "Kein Jude ist umgebracht worden" - hielten die Pedersens mit ihrer Meinung nicht mehr hinter dem Berg. In zunehmendem Maße wurde in der "Söruper Rundschau" NS-Gedankengut vertreten. Schwerpunktthemen waren offener Rassismus, Revanchismus und Geschichtsrevisionismus. In Schrift und Bild wurde übernommen, was bereits in anderen Neonazi-Blättern vorgekaut worden war.

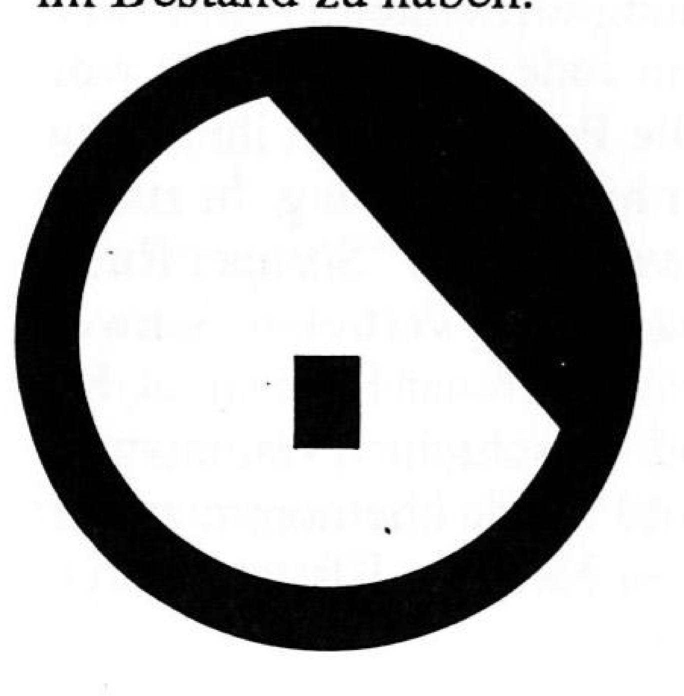
Die Attacken des Arztes eskalierten in dieser Zeit zu offenem Terror gegen die Dorfbewohner. Der Höhepunkt wurde 1989 erreicht: Nach einem verlorenen Beleidigungsprozeß trat der "Herrenmensch" eine wehrlose Nachbarin vor den Augen ihrer Kinder auf offener Straße zusammen. Anschließend behauptete er, die Frau sei geisteskrank und habe ihn aus politisch-religiösen Wahnvorstellungen heraus angegriffen, und eine rotgrüne - manchmal auch schwarz-rot-grüne - Terrorbande mit den zwei Pastoren an der Spitze versuche ihn aus dem Dorf zu jagen. Kurze Zeit später trat Pedersen bei den "Republikanern" auf und sammelte einen Freundeskreis um sich, von dem Telefonterror gegen Dorfbewohner ausging.
Die Attacken des Arztes riefen Presse und Fernsehen auf den Plan. Mehrmals bekräftigte er dort öffentlich die "Auschwitzlüge" seines Freundes und Patienten Th. Christophersen und verglich u.a. die Ehe zwischen einer "Jüdin und einem Europäer" als Verquickung von "Altöl und Sahne".
Zahlreiche weitere Äußerungen dieser Art führten zu einer Flut von Strafanträgen. Zusammen mit seiner Ehefrau schlug Pederson im Frühjahr 1990 die gleiche Nachbarin erneut krankenhausreif. Am 20. April feierte er Hitlers Geburtstag derart, daß er einem vorbeifahrenden Nachbarn die Frontscheibe des Autos einschlug.
Bis heute ist von Seiten der Behörden und der Justiz, bis auf den vorläufigen Entzug der Approbation (und dieses geschah auch nur unter erheblichen Druck von Presse und Öffentlichkeit), nichts nennenswertes geschehen. Trotz Landtagsdebatte, trotz Verfassungsschutzbericht - Lippenbekenntnisse der Politiker.
Die Staatsanwaltschaft in Flensburg scheint jetzt sogar dazu übergegangen zu sein, gleichlautende Antwortschreiben an Pedersen-Opfer zu verschicken, in denen sie mitteilt: Das Verfahren gegen den Arzt werde vorläufig eingestellt, da er ja in einem anderen Fall mit einer erheblich höheren Strafe zu rechnen habe. Hat er damit zu rechnen? Die Milde mit Neonazis hat bei Flensburger Gerichten schon Tradition.
Am 14. Mai 1990 mußte Pedersen aufgrund einer Mietrechtssache seine Wohnung in Sörup räumen. Er wohnt jetzt zehn Kilometer entfernt in Steinbergkirche. Dort wurde er gleich von ortsansässigen Skinheads konsultiert. Eine neue "Söruper Rundschau" ist erschienen und Drohungen der FAP, der Wiking-Jugend und einzelnen Spinnern gegenüber den Söruper gehören noch immer zur Tagesordnung

Peter Kratz

NS-Jubelbücher in Stadtbibliothek

Allein die Titel hatten dem Burgdorfer Stadtdirektor Horst Bindseil gereicht, als er 1984 mit Rückendeckung der örtlichen CDU zahlreiche angebliche "pornografische" Bücher aus der Stadtbücherei entfernte und den Büchereileiter feuerte. Doch wenn es um den Krieg und den Nationalsozialismus verherrlichende Bücher geht, dann sind CDU und Stadtobere mit der Bücherverbannung nicht so schnell bei der Hand. In Bonn setzt sich seit Jahren die "Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" dafür ein, daß die Jubelbücher zahlreicher NS-Schergen endlich aus den frei zugänglichen Regalen ins Magazin gestellt werden.

Ziel der Initiative: Die Ausleihschwelle soll erhöht werden, damit Jugendliche nicht mehr durch die Stadtbücherei selbst dazu animiert werden, sich ihr politisches Bewußtsein an faschistischer Propagandaliteratur zu bilden. Dies heißt für die Initiative allerdings nicht, daß die Bücher nicht auch künftig für Studien oder andere Zwecke über den Bibliothekskatalog gezielt ausgeliehen werden können.
Die Bonner Stadtbücherei führt für alle anderen nordrhein-westfälischen Büchereien das "Sondersammelgebiet Deutsche Geschichte". Der Buchbestand wird aus dem Landesetat bezuschußt und soll für ganz NRW zur Fernleihe bereitstehen, weil nicht alle Büchereien über "Deutsche Geschichte" in einem derartigen Umfang Bücher anschaffen können. Der "Bonner Initiative" war aufgefallen, daß die Bücherei in den 70er Jahren, als eine Welle von NS- und kriegsverherrlichender Literatur auf den Markt gekommen war, kräftig eingekauft hatte, daß andererseits das Angebot an antifaschistischer Literatur , die seit Mitte der 80er Jahre vermehrt erschien, äußerst mager ist. Dieser politisch bedenkliche Zustand wirkt sich über die Fernleihe auch auf alle anderen kommunalen BüchereibenutzerInnen in NRW aus.
Kritisierte Beispiele für den Literaturbestand waren: HIAG-Mitbegründer und SS-Führer **Otto Kumm**: "Vorwärts Prinz Eugen! Geschichte der 7. SS-Freiwilligen-Division"; **Gernot Möhrig**: Bundesführer des "Bundes Heimattreuer Jugend": "Deutschlands junge Zukunft"; **Wilfred von Oven**, persönlicher Mitarbeiter von Goebbels: "Hitler und der spanische Bürgerkrieg"; Hitler mal menschlich gesehen: **Christa Schroeder** (Hitlers Sekretärin): "Er war mein Chef"; ein Jubel-Fotobuch "Stuka-Oberst **Hans-Ulrich Rudel**, einziger Träger der höchsten Tapferkeits-Auszeichnung"; Hellmut **Stellrechts** Hitler-Biographie, Stellrecht war leitender Funktionär im NSDAP-"Amt Rosenberg"; **Leon Degrelle**'s Waffen-SS-Buch "Die verlorene Legion", Degrelle war Führer der belgischen Waffen-SS, lebt heute im spanischen Exil und bereitete 1989 "Hitler-Geburtstagsfeiern" mit vor.
Die Liste ließe sich beliebig verlängern, jedes Jahr seit 1988 hat die "Bonner Initiative" immer wieder derartige Bücher dutzendweise gefunden und der Öffentlichkeit präsentiert. Darunter waren Bücher, die zum Teil sogar in solchen Verlagen erschienen oder von Autoren geschrieben worden waren, die der Bundesverfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch einstuft.
Nach vergeblichen Gesprächen, Protesten, Artikeln in der Lokalpresse und einer Anfrage der Stadtratsfraktion der Grünen im Jahre 1988 hatten die Grünen im Mai 1990 eine von der "Bonner Initiative" erarbeitete Große Anfrage im Kulturausschuß der Bonner Stadtrates eingebracht. In zehn Unterpunkten sollte die Stadtverwaltung Stellung zu ihrem Literaturangebot nehmen. Während der einstündigen hitzigen Debatte im Kulturausschuß stellte sich auch die SPD-Fraktion auf die Seite der "Initiative" und der Grünen. Die Antwort der Stadt Bonn auf die Anfrage fiel einmal mehr negativ aus. "Die Stadtbücherei hat keine 'NS-verherrlichende und neofaschistische Literatur' in ihren Beständen", hieß es kategorisch. Der sehr moderate Antrag der Grünen, die Stadtbücherei zur vermehrten Anschaffung von antifaschistischer und demokratischer Literatur zu bewegen, wurde mit der Mehrheit von FDP und CDU abgelehnt.
Dann allerdings hatte der vor Jahren aus Berlin an den Rhein geholte linksliberale Kulturdezernent der Stadt Bonn, von Uslar-Gleichen (FDP), von sich aus darauf gedrängt, die von der "Bonner Initiative" genannten Bücher aus den offen zugänglichen Regalen zu verbannen und ins Magazin zu stellen. Von AntifaschistInnen als fehlend monierte Bücher wie z.B. "Wir Schreibmaschinentäter" von Otto Köhler, in dem die Identität des Kriegsbuchautors Paul Carell alias Paul Karl Schmidt, SS-Untersturmbannführer und Propaganda-Chef des Nazi-Außenministeriums, aufgedeckt wird (vgl. Der Rechte Rand, April 1990), sollen jetzt angeschafft werden. Es war der Bundeshauptstadt dann wohl doch zu peinlich, das Buch Köhlers gar nicht, die Kriegstagebücher "Carells" aber gleich in mehreren Exemplaren im Bestand zu haben.



Antifa-Konferenzen

Niedersachsen
Auf einem Vorbereitungstreffen für eine zweite niedersächsische Konferenz wurde der Termin auf den Februar 1991 verschoben. Als mögliche Ziele wurden genannt:
-Analyse der veränderten politischen, sozialen und psychologischen Situation der Bevölkerung nach dem Anschluß der DDR und den daraus resultierenden Problemstellungen für antifaschistische Arbeit;
-Analyse des Formierungsprozesses neofaschistischer Kräfte und deren künftigen Entwicklungsbedingungen;
-Entwicklung von Handlungsperspektiven vor allem auf kommunaler Ebene (Kommunalwahl 1991).
Das nächste Vorbereitungstreffen findet statt am 28. September 1990 um 19.00 Uhr im Freizeitheim Lister Turm, Walderseestr. 100, 3000 Hannover 1. Weitere Informationen sind erhältlich über die VVN-BdA, Rolandstr. 16, 3000 Hannover 1

Hamburg
Die Antifa-Koordination Hamburg will mit einer Arbeitskonferenz am 2./3. Dezember 1990 einen Neuanfang in der Zusammenarbeit unterschiedlicher antifaschistischer Gruppen starten. Versucht werden soll, Gemeinsamkeiten herauszufinden und in den Mittelpunkt zu stellen. "Von dieser Grundlage aus wollen wir dann", so das Einladungsschreiben, "die Unklarheiten gemeinsam bearbeiten und die Unterschiede herausarbeiten, sie diskutieren und gegenseitig respektieren."
Die Arbeitsgruppen sind in drei Blöcke untergliedert: Analyse, Entwicklungen in der BRD und Antifaschistische Arbeit.
Aufruf und Programm sind zu beziehen über: Antifaschistische Koordination Hamburg c/o VVN-BdA, Simon-von-Utrecht-Str. 4d, 2000 Hamburg 36, Tel. (040/314254)

Hessen
Die zweite hessische Antifa-Konferenz findet am 9./10. November 1990 in Gießen statt. Aufruf (sie Rechter Rand Nr.7) und Vorstellungen für die 16 Arbeitsgruppen können angefordert werden über das Antifa-Forum, Walltorstr. 17, 63 Gießen, Tel.(0641/34878)

Verfahren eingestellt

Die im Januar 1989 aufgenommenen Ermittlungen gegen Hamburger Antifas wurden jetzt eingestellt, weil "sich der Anfangsverdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nicht bestätigt hat." Die Kriminalisierung wird nun von Hamburg aus durch Ermittlungen wegen "Beteiligung an Brandanschlägen und anderen Straftaten" fortgesetzt.

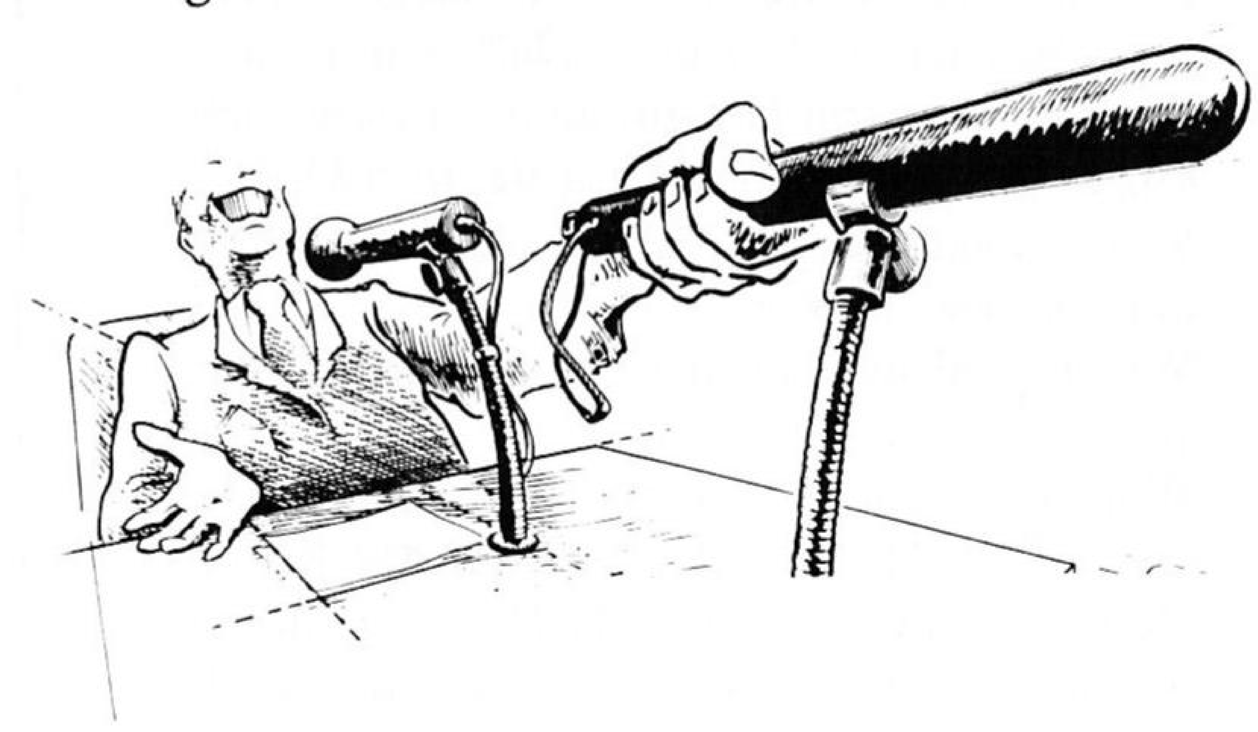
Winfried Holzinger

Dem Apparat zu Diensten

Zum Beispiel Dr. Walter Zirpins, der ehemalige Kripochef von Hannover

Bis heute ist die nationalsozialistische Vergangenheit von Verdrängung, Verleugnung und Schuldverschiebung gekennzeichnet. Eine Aufarbeitung ihrer Beteiligung an unmenschlichem Verhalten wurde von den Betroffenen nicht geleistet. Wenn überhaupt, dann bezog sie sich auf die Aufrechnung der eigenen Schuld gegen die Schuld der anderen. Es ist schlimm festzustellen, daß bei Gründung des neuen Staates zahlreiche überlebende Angehörige jener höchsten Instanz des organisierten Verbrechens führende Stellungen der Justiz, Verwaltung und der Polizei in der Bundesrepublik übernommen haben. So hat der Geist der Vergangenheit die Neuentstehung der Bundesrepublik mitgeprägt. Der erneute Hinweis auf unsere Vergangenheit scheint wichtig, um Vorgänge in der noch jetzigen DDR zu hinterfragen. Dort suchen wichtige Funktionsträger eines ehemals diktatorischen Staates ihren Platz in den Schaltstellen des neuen Systems, um wieder Einfluß zu nehmen.

Ich will hier beispielhaft den ehemaligen Leiter der Kriminalpolizeistelle von Hannover vorstellen, dessen Lebenslauf viele Fragen aufwirft.



Aus "Sachschaden", TAZ-Journal 3

Dr. Walter Zirpins, geb. 26.5.1901 in Königshütte Oberschlesien, Dr. jur.:

1927 erfolgte eine Ausbildung zum Kriminalkommissar in Breslau. Ab 1929 war er Leiter der Kriminalinspektion und des politischen Kommissariats in Marienburg. Im Jan. 1933 wurde Dr. Zirpins in die Abteilung IA beim Polizeipräsidium Berlin versetzt. Es erfolgte eine Übernahme der wichtige Funktion in der polizeilichen Voruntersuchung der Reichstagsbrandstiftung. Hier soll die Manipulation der Ermittlungen in Richtung einer angeblichen kommunistischen Urheberschaft erfolgt sein. Eine Vertrauensaufgabe.

Im April 1933 wird Zirpins in die Gestapo übernommen. Ende Mai 1933, nach Angriffen wegen der Verwendung eines jüdischen Spitzels, erfolgte die Versetzung als Lehrer an das Polizei-Ausbildungs- und Forschungsinstitut Berlin-Charlottenburg. Dort erfolgte im Dez. 1934 die Beförderung zum Kriminalrat.

Im April 1937 wird Dr. Zirpins zum Stabsführer der Führerschule der Sicherheitspolizei (SiPo) ernannt. Ab Mai 1937 ist er Mitglied der SS (Nr. 342009) unter Ranggangleichung.

Im Jahre 1940/41 erfolgt ein SiPo-Einsatz in dem er als Leiter der Kriminalpolizei im Ghetto von Lodz (Litzmannstadt) eingesetzt ist. Hierüber erfolgte von ihm ein ausführlicher und antisemitisch ausgerichteter Bericht in der von Heydrich herausgegebenen Zeitschrift "Kriminalistik", Heft 10, 1941, unter dem Titel "Das Ghetto in Litzmannstadt, kriminalpolizeilich gesehen".

In den Jahren 1941/43 ist Dr. Zirpins als Regierungs- und Kriminalrat Referent für Ausbildung, Fortbildung, Sonderschulung im Amt I des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA); er wird bekannt als Verfasser verschiedener sicherheitspolitischer Lehrgänge, Lehrbücher und Aufsätze in Fachzeitschriften zur Verbreitung nationalsozialistischer Rechtsauffassung.

In dieser Zeit ist Dr. Zirpins Kriminaldirektor im Amt IV (Gestapo) des RSHA. 1942 wird er SS-Sturmbannführer. Nach den Angaben der polnischen Kriegsverbrecherkommission war er auch Mitglied der NSDAP. Wegen dem Einsatz bei der "Endlösung der Judenfrage" in Warschau und Litzmannstadt (Lodz) wird Dr. Zirpins in der polnischen Kriegsverbrecherliste aufgeführt. Gegen Ende des Krieges ist er Leiter der Kriminalpolizei in Hamburg. Anfang 1945 wird er zum Oberregierungs- und Kriminalrat befördert. Zwischen 1945 und 1947 erfolgte zunächst eine Internierung.

Nach 1947 wird Dr. Zirpins Leiter der Kriminalpolizeistelle in Hannover (Oberregierungsrat und Leiter des Landeskriminalamtes von Niedersachsen). 1961 wird das Strafverfahren gegen ihn (wegen Kriegsverbrechen) in Hannover eingestellt.

Und so beschreibt Kriminaldirektor Dr. Zirpins seine Tätigkeit als Chef der Lodzer Kripo, die die Aufgabe hatte, die Juden innerhalb des Gettos zu kontrollieren: Die Tätigkeit der Kripo sei zwar "eine Arbeit, die immer unter den denkbar ungünstigsten, schwierigsten und schmutzigsten Verhältnissen vor sich geht, die aber andererseits als Neuland reizt und ebenso vielseitig wie interessant und vor allem beruflich dankbar, d.h. befriedigend ist.". Eine Besprechungsniederschrift v. 23.10.40 zwischen der Ghettoverwaltung (Biebow) und der Kriminalpolizei (Zirpins) zeigt u.a., wie sich die Kriminalpolizei an der Plünderung der Gettobewohner beteiligt hat. Weitere Aktennotizen zeigen, wie sehr er auch an der Regelung der Lebensumstände der Menschen im Ghetto Lodz beteiligt war.

Dieser Lebenslauf und der Hinweis auf sein Eingebundensein in die Mordmaschinerie der NS-Zeit widerlegen die weitverbreitete Vorstellung von der uneingeschränkten Verfassungstreue und demokratischen Integrität der Weimarer Polizei, die hier auch durch Dr. Zirpins, als Leiter einer Polizeibehörde, dargestellt wird. Sie beweist, daß die Polizei gegenüber dem Nationalsozialismus nicht resistent war.

Wie beschämend ist es dann, wenn sogar in jüngster Zeit im offiziellen Organ der Gewerkschaft der Polizei die Rolle der Polizei bei der "Judenermordung", beginnend mit der Reichspogromnacht, unter Berufung auf einen Führerbefehl gerechtfertigt wird. "Sie (die Polizei - Anm. des Verf.) taten trotzdem ihre Pflicht - denn es gab folgenden SA-Befehl zur "Reichskristallnacht": Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören... Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. Allen rechtschaffenden Polizisten tat das bestimmt in der Seele weh, und sie ballten wohl vor Verzweiflung die Faust in ihrer Tasche...und waren wohl froh, als der Morgen graute und diese Nacht des Schreckens zu Ende ging!".

Wie sehr zeigt uns die Vergangenheit, wie unfähig wir sind, Schuld anzuerkennen. Wie verhalten sich z. Zt. Politiker der CDU zu einer Gedenkstätten-Initiative in Moringen (Süd-Niedersachsen), wo einst ein Jugend-Konzentrationslager existierte, in dem auf Anordnung der Kriminalpolizeistellen Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren eingeliefert und von dort auch Vernichtungslagern zugeführt wurden?

Obwohl Dr. Zirpins den Hebel des Gewaltapparates in der NS-Zeit bediente, wurde er Beamter des neuen demokratischen Westdeutschlands und besetzte erneut einen wichtigen Posten. Schon 1950 erscheint er als Sachverständiger und veröffentlicht Fachliteratur, die als wichtiger Bestandteil in die Polizeiausbildung einfließt (Kriminalpraxis und Kriminalistische Lehrtafeln). 1953 wird bereits von dem bekannten Kriminalisten Dr. W. Zirpins, als Verfasser der "Kriminalpraxis" gesprochen, der über Aufsehen erregende Verbrechen und ihre Aufdeckung berichtet.

Ist es bei diesen Einflüssen aus der Vergangenheit noch verwunderlich, wenn sich in der Polizei des neuen Staates ein autoritäres Staatsverständnis entwickelt hat, wenn der Geist der Vergangenheit schon beim Neuanfang wieder zum Tragen gekommen ist, weil wichtige Funktionsträger der NS-Zeit wieder an strategischen Stellen des neuen Machtapparates ihren Platz gefunden haben?

Wie stellt sich da der sozialdemokratische Radikalenerlaß dar, der für eine große Anzahl ernsthafter Demokraten zum Berufsverbot führte? Während hier finanzielle Notlagen entstanden, konnten ehemalige Machtträger aus der NS-Zeit auf ihre guten Gehälter und Pensionsansprüche bauen. Wie ist unter diesem Eindruck das jüngste Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Verfassungsbeschwerde der Lehrerin Dorothea Vogt aus Jever zu sehen, in dem festgestellt wird, daß es "verfassungsrechtlich unbedenklich" ist, wenn Beamte entlassen werden, weil sie bei einer Wahl für die DKP kandidiert haben?

Jutta A. Jacobs

IN DUBIO PRO REP!?- VOM RECHTSSTAAT ZUM RECHTS-STAAT...

Ein Polizist in den Mühlen der Polizei.

Am 26.April 1990 fand in Wuppertal eine Demo gegen Rechts statt.
Grund dafür war eine Veranstaltung der Republikaner anläßlich der Landtagswahl in NRW. Bereits gegen 16.00 Uhr fanden sich die ersten Gegendemonstranten gegenüber der Stadthalle ein. Dabei war der Veranstaltungsort, eben die Stadthalle, sehr großzügig von 1300 Polizisten abgeriegelt. Schließlich sollte keinem Besucher der Faschisten ein Haar gekrümmt werden.
Unter den Gegendemonstranten befand sich auch ein Polizist, Dirk G., der zu der Zeit Urlaub hatte. Sein Eintreten für "Recht und Ordnung", ausdrücklich immer wieder von Polizisten gefordert, sollte ihm im Verlaufe des Abends noch zum Verhängnis werden und weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen.
Obwohl circa 1200 Gegendemonstranten versammelt waren, gelang es doch Schönhuber und seinen knapp 200 Mannen in die Stadthalle zu kommen. (Was sie nicht zuletzt dem unermüdlichen Einsatz "unserer" Ordnungshüter zu verdanken hatten.)
Als ein Aachener PKW durch eine Gruppe von Demonstranten brechen wollte, wurde gegen den PKW getreten und die Rückscheibe ging zu Bruch. Dirk G. war an allen Aktionen in keiner Weise beteiligt. Vielmehr war er zu diesem Zeitpunkt nur passiver Zuschauer, der sogar die anderen Demonstranten zu absoluter Gewaltlosigkeit aufforderte. Als der Wagen jedoch ohne jede Rücksichtnahme durch die Menschen fuhr und Gefahr für das Leben der Demonstranten bestand, lief Dirk G. dem Wagen, der inzwischen bis zu der Polizeiabsperrung vorgedrungen war, nach.
Keiner seiner Kollegen hatte bis dahin ein Einschreiten für nötig gehalten. Als Dirk G. nun an den Wagen herantrat und dem Fahrer sein falsches Verhalten deutlich machen wollte, kamen die Kollegen hurtig über die Absperrung und nahmen Dirk G. unverzüglich fest. Obwohl er keinerlei Widerstand leistete, wurde gegen ihn ein Schlagstock eingesetzt und er wurde in Handschellen abgeführt. Der Aachener Wagen bekam natürlich sofort freies Geleit.



Polizei schützt DVU-Treffen Hannover 1989

Dirk G. wurde in das Wuppertaler Polizeipräsidium (seine eigene Dienststelle) gebracht, um dort vernommen zu werden. Obwohl kurz nach seiner Verhaftung Zeugen für ihn im Präsidium erschienen, wurde Dirk G. erst einmal festgehalten.
Sofort stand für die bearbeitenden Beamten des Staatschutzes fest, daß Dirk G. (trotz gegenteiliger Zeugenaussage, weitere für ihn aussagebereite Personen wurden gar nicht erst gehört) eine Flasche in das Auto geworfen hatte und überhaupt an der völligen Demolierung des Fahrzeugs beteiligt war. Das hatte er nicht zuletzt der Aussage einiger Kollegen zu verdanken.
Im Präsidium wurde Dirk G. einer erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen mit der Begründung, daß Wiederholungsgefahr bestehe. Schließlich würden Personen, die einmal solcherweise in Erscheinung getreten wären, immer wieder in der gleichen Weise auffallen. Insgesamt wurde Dirk G. mehrerer Straftaten beschuldigt: Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, versuchte Nötigung, Beleidigung, Bedrohung (mit einem "echten" Verbrechen).
Bei seiner Durchsuchung fand man bei ihm ein Paar "dienstliche" Handschuhe, die angeblich beweisen sollten, daß er vorsätzlich eine Straftat begehen wollte. Tatsächlich hatte er die Handschuhe zu einer so verwerflichen Tat, wie der Reparatur seines Kinderwagens gebraucht. Übrigens: Die Handschuhe wurden als passive Bewaffnung sichergestellt!!
Plötzlich und unerwartet wurde Dirk G. noch in der gleichen Nacht nach Hause entlassen, jedoch wenige Tage später erst einmal vom Dienst beurlaubt. Die Begründung hierfür lautete, so jemand wie er könne schließlich nicht weiter Polizeidienst versehen. Das würden auch die anständigen Bürger nicht einsehen. Hierbei spielte es selbstverständlich keine Rolle, das Dirk G. aktives Mitglied bei den "kritischen Polizisten" ist.
Mittlerweile versieht Dirk G. zwar wieder seinen Dienst, er wurde jedoch in eine andere Stadt versetzt. Gegen den Fahrzeugführer des "republikanischen" Wagens, er ist Ortsgruppen-Vorsitzender, Oberstudienrat, und unterrichtet an einer Berufsschule im Fach Politik, sah man bisher keine Veranlassung vorzugehen. Wahrscheinlich ist es völlig normal in eine Gruppe von Menschen mit relativ hoher Geschwindigkeit zu fahren und deren Leben zu gefährden. Andererseits wurde "vergessen", Ermittlungen zur Entlastung von Dirk G. zu führen.
Zur Zeit steht zu befürchten, daß eine Verurteilung auf jeden Fall erfolgt. Angeklagt ist Dirk G. jedenfalls wegen versuchter Nötigung und Beleidigung.
Fast ein Wunder, daß es nicht bei einer Anklage wegen Sachbeschädigung geblieben ist. Schließlich hat der Rechtsstaat doch einwandfreie Zeugen auf seiner Seite. Anständige Bürger und Polizisten. (Ein Polizist als Gegendemonstrant ist wahrscheinlich weder ein anständiger Bürger noch ein guter Polizist).
Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Dirk G. (neben allen anderen Ungerechtigkeiten) bei einer Verurteilung mit erheblichen finanziellen Folgen zu rechnen hat. Schon jetzt bedrücken ihn durch seine "Umsetzung" erhebliche finanzielle Verluste. Daß es ihm auch sonst nicht besonders gut geht, ist sicherlich einsehbar. Auch seine Familie, sein kleiner Sohn ist gerade acht Monate alt, leidet unter der Ungerechtigkeit.
Wieder mal ein Ruck nach Rechts im Rechtsstaat.....
Wer helfen möchte, kann unter dem Stichwort "Dirk G." eine Spende auf das Konto "Kritische PolizistInnen NRW" c/o Stefan Beuschel, Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 98, einzahlen.

(Anmerkungen der Redaktion: Nach dem polizeilichen Ermittlungsverfahren wurde letztendlich durch die Staatsanwaltschaft wg. versuchter Nötigung und Beleidigung angeklagt. Gleich nach der Einleitung des polizeilichen Ermittlungsverfahrens wurde gegen Dirk G. ein Disziplinarverfahren eingeleitet, eine bereits ausgesprochene sofortige Suspendierung vom Dienst wurde kurze Zeit später wieder rückgängig gemacht. Das staatsanwaltliche Verfahren, welches jetzt schon eine Farce ist, soll nur polizeiliche Maßnahmen rechtfertigen, die im Ansatz bereits fragwürdig waren. Zeugen bzw. Geschädigte für und durch das Fehlverhalten des Neonazis wurden nicht gehört bzw. wurde deren Aussagen keine Bedeutung beigemessen. Es entsteht daher schon der Eindruck, daß es hier um die Person Dirk G. ging. Durch Dirk G., als Vorstandsmitglied der "kritischen Polizisten" wurden die Kontakte eines höheren Beamten des 14. Kommissariats zu den Republikanern öffentlich gemacht. Außerdem machte er u. a. auf NS-Symbole in Polizeifahrzeugen aufmerksam. Als diese Sache nicht weiter verfolgt wurde, stellte er Strafantrag gegen Unbekannt...)

Sieglinde Burgdorff und Anette Zaudtke

"Auch wir sind Betroffene"

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus als Unterrichtsthema

"Warum habt Ihr Euch für dieses Projekt angemeldet?" Mit dieser Frage empfingen wir die SchülerInnen in der Vorbesprechung zu den Projekttagen.

Vom 2. - 4. Mai 1990 sollten an unserer Schule (Anne-Frank-Schule Seelze, Sonderschule für Lernbehinderte) Projekttage unter dem Thema "Miteinander leben - voneinander lernen" stattfinden. Das Projektthema "Ausländerfeindlichkeit - Rechtsradikalismus" stellte ein Wagnis dar. Wer hätte überhaupt Interesse daran? Waren nicht die sonst eher praktischen Themen viel attraktiver? Immerhin hatten wir dieses Thema als Lehrerinnen angeboten, von Schülerbeteiligung erst einmal keine Spur.

Zu unserer Überraschung konnten wir dann die einleitende Frage an 16 SchülerInnen im Alter von 13 bis 17 Jahren stellen (Klasse 7-10), bei einer Gesamtzahl von 110 SchülerInnen eine erstaunliche Zahl.

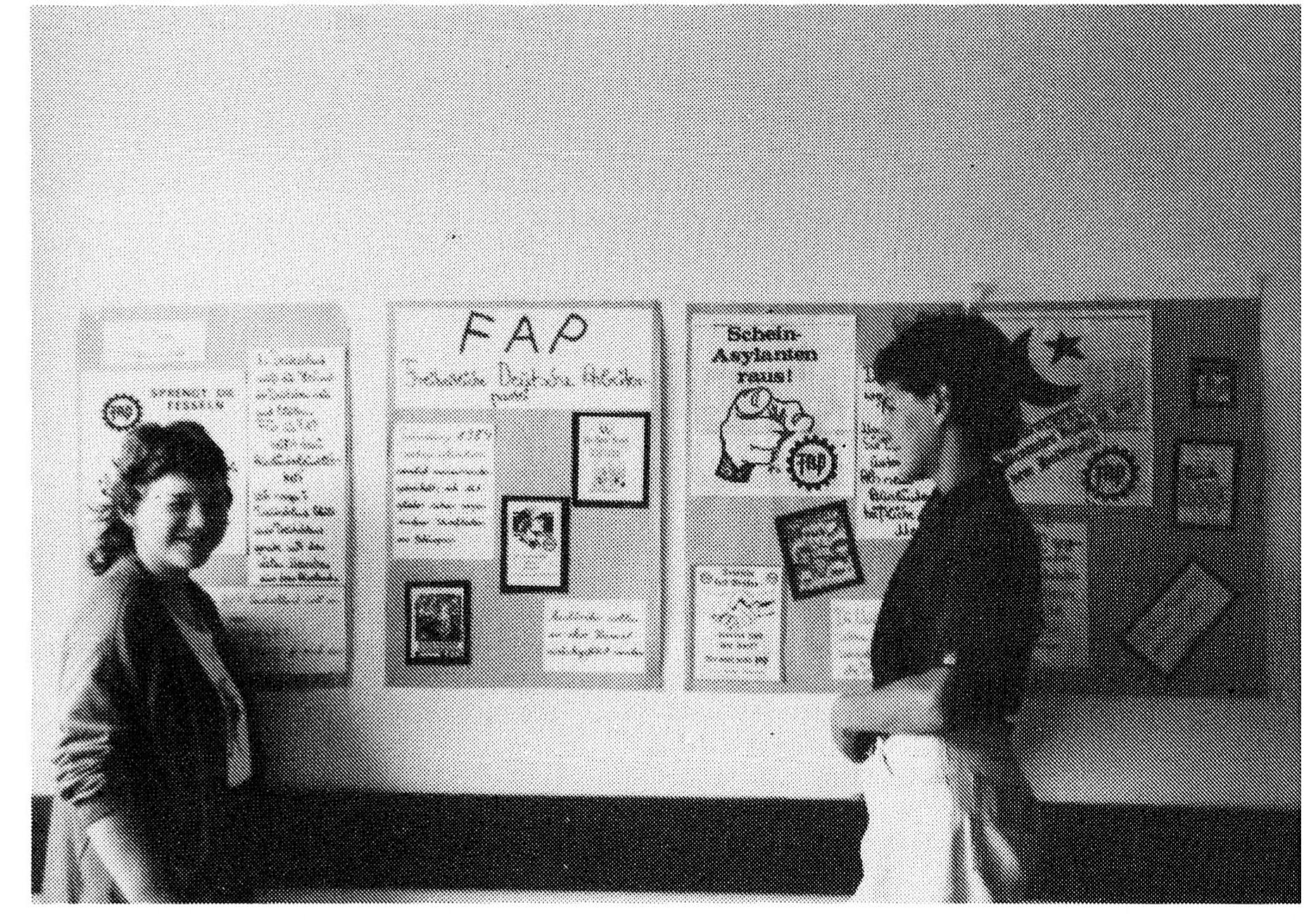
"Ich will wissen, wie die Jugendlichen in rechtsradikale Gruppen kommen", "Ich kenne hier in Seelze Jugendliche, die sich für Skins halten", "Wenn ich Skins in der Stadt sehe, bekomme ich immer ein komisches Gefühl", "Ich wurde schon manchmal angemacht", "Warum überfallen Skins die Wunstorfer Wohnwelt, wir kennen doch die Leute, die sich da friedlich treffen. Auch wir sind Betroffene". Mit diesen Äußerungen und einigen Stichworten wie "rote und weiße Schnürsenkel", "Dr. Martens mit 7 oder 24 Löchern, "FAP", ...war ein Schwerpunkt gesetzt: Skinheads, das war es, was die Schüler interessierte. Die Motivation, sich eingehender mit diesem Thema zu beschäftigen, bestand vor allem aus den sehr persönlichen Erfahrungen, der eigenen Betroffenheit und den vielen Fragen dazu. "Es wäre doch gut, wenn wir einen Skin hierher einladen könnten, um mit ihm zu reden." Informationen aus erster Hand, das brauchten die Schüler. Doch daß keiner der Jugendlichen, die die Schüler kannten, kommen wollte, war eine wichtige Erkenntnis im Vorfeld.

Nach dem Vorbereitungsgespräch legten wir - um möglichst offen sein zu können - nur das Programm des ersten Tages fest: über die eigenen Erfahrungen zum Thema Ausländerfeindlichkeit zu den offensichtlichen Feindbildern unter Gruppen radikaler Ausrichtung. In Arbeitsgruppen wurden das Material über die Skinheads gesichtet, Texte gelesen und Bilder interpretiert. Die Tagesergebnisse beantworteten zu einem Teil die Fragen der Schüler (Unterscheidung in politische und unpolitische Skins, Nähe zum Nationalsozialismus, Gruppenzwang,...).

Erstaunlich intensiv verlief die Auswertung der Ergebnisse. Im Mittelpunkt des Interesses standen nicht die Sensationen, Gewalttaten. Vielmehr wollten die Schüler mehr über die Hintergründe mit der Frage des "Warum" erfahren.

Dazu bot sich die Besprechung des Schicksals des Hannoveraner Jugendlichen Gerd-Roger Bornemann für den zweiten Tag an. Die Betroffenheit war groß, viele neue Fragen traten auf, manche SchülerInnen wirkten bedrückt. Eine Gruppe beschäftigte sich an diesem Tag weiter mit dem "Fall", andere arbeiteten zu den rechtsradikalen Parteien (FAP, DVU, Republikaner).

Spontan bildete sich eine kleine Gruppe, die die Ergebnisse jeden Tages auf Schautafeln zusammenstellte. Seitdem verfügt die Schule über eine kleine Ausstellung zu diesem Thema, die einige Wochen in der Pausenhalle der Schule zu sehen ist. Auf mehr als zehn Papptafeln haben die SchülerInnen die Erkenntnisse über die Ziele, Merkmale, Aktionen der Skinheads und die Partei der FAP mit Bildern, Texten und Zeitungsausschnitten aufbereitet, so daß sich andere Schüler, Eltern und nicht zuletzt die LehrerInnen über dieses Thema informieren können.



Erkenntnisse festgehalten: Eine Ausstellung informiert MitschülerInnen

Für die Gestaltung des letzten Tages hatten wir uns darum bemüht, andere Betroffene einzuladen. Gedacht war dabei an einen Polizisten aus dem hannoverschen Innenstadtrevier, der sich in der Szene gut auskennt und über persönliche Einsatzerfahrungen hätte berichten können, Informationen aus erster Hand eben. Die Leitung des zuständigen Polizeireviers stellte jedoch den Betreffenden vom Dienst nicht frei mit der für uns unverständlichen Begründung, die Kriminalpolizei sei für solche Öffentlichkeitsauftritte zuständig und da wollte man nicht in die Kompetenz der anderen Stelle eingreifen. Die Enttäuschung der Schüler war anfänglich groß. Also wieder nichts aus "erster Hand".

Gerettet wurde der Vormittag durch drei MitarbeiterInnen des "Antidiskriminierungszentrums". Das wichtigste Ergebnis aus diesem beeindruckenden Gespräch, zu dem sich die Schüler vorher Fragen überlegten, war wohl, daß es Menschen gibt, die bei uns etwas gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit tun und sich mit den ausländischen Mitbürgern solidarisch erklären. Das nahm die manchmal schon aufgetretene Hilflosigkeit des Wir-Können-Ja-Doch-Nichts-Tun.

Der Besuch und die drei Tage zu diesem Thema verfehlten ihre Wirkung nicht. Neben das bessere Verständnis von und die Wachsamkeit gegenüber rechtsradikalen Erscheinungen trat die Bereitschaft zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Thema. Die SchülerInnen brachten weiteres Material (Zeitungsausschnitte, Prospekte, Embleme, Videoaufzeichnungen und Flugblätter) mit in die Schule. So ergaben sich immer wieder Gespräche und neue Fragen.

Ein Thema also Dauerbrenner - Zeichen dafür, wie wichtig die Behandlung dieses Themas ist. Ein Zeichen aber auch dafür, daß sogenannte Lernbehinderte von der politischen Auseinandersetzung nicht ausgeschlossen sind, sondern sehr wachsam Entwicklungen, Eindrücke und Erlebnisse wahrnehmen und nach Klärung suchen. Das Thema Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus hat uns in unserer Aufgabe der Aufklärung als Schutz vor Anfälligkeiten gegenüber rechtsradikalen Gruppen bestätigt und ermuntert. ■

Sigrid Beyer, Doris Engehausen, Winfried Holzinger

Deutsche Einigkeit - gegen wen?

"Ward wirklich der Winter zunichte? Steht wirklich Deutschland im Frühlingsflor?" (H. Heine)

Anfang des Jahres haben Nicht-Deutsche und Deutsche in Hannover das "Antidiskriminierungszentrum in Hannover e.V." (ADZ) gegründet. Warum?
Wie in dem vom Europäischen Parlament 1985 veröffentlichten Bericht über das "Wiederaufleben des Faschismus und Rassismus in Europa" festgestellt wird, gibt es in Europa eine steigende Tendenz zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, und diese Tendenz bildet wiederum gerade für den Rechtsextremismus in allen seinen Schattierungen ein nutzbares Terrain. Auch in Hannover ist der Alltagsrassismus - d.h. die offene und versteckte Verachtung und Diskriminierung des Nicht-Deutschen, in allen gesellschaftlichen Bereichen und in den Massenmedien immer mehr zur Alltagsnormalität geworden.

Das ADZ befürchtet und hat es zum Teil auch schon selbst erfahren, daß der neue deutsch-deutsche Umbruch mit all seinen wirtschaftlichen und politischen Krisen und Schwierigkeiten einen zusätzlichen geistigen Nährboden für Rassismus und Fremdenhaß bereitet. Gerade in einem Klima wirtschaftlicher Unsicherheit scheint der Rassismus an Anziehungskraft zu gewinnen. Gleichzeitig gibt es immer mehr gesetzliche und staatliche Regelungen (z.B. neues Ausländergesetz), sowie diskriminierende Wohn-, Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse, die negative Auswirkungen auf ethnische und kulturelle Minderheiten haben. Mit diesen negativen Auswirkungen befaßt sich das ADZ seit dem 1. Juni 90. Das ADZ soll eigentlich eine Anlaufstelle für alle sein, die ethnisch, kulturell oder religiös diskriminiert und benachteiligt werden. Es stellt allerdings auch fest, daß die Verunsicherung und die Verängstigung unter Nicht-Deutschen zunimmt. So wurde das ADZ nicht nur im Fall ethnischer Diskriminierung, wie z.B. in der Landesfrauenklinik (LFK) aktiv, wo es gemeinsam mit der ÖTV u. a. auf die Diskriminierung türkischer Patientinnen in dieser Klinik aufmerksam gemacht haben und das Sozialministerium inzwischen eine Untersuchung dieser Vorwürfe angeordnet hat. Das ADZ begleitet immer häufiger Nicht-Deutsche zu Behörden (Sozialamt, Arbeitsamt etc.) und versucht hier, z.B. durch die Mitnahme eines Dolmetschers, Gesprächssituationen für Nicht-Deutsche zu entspannen und ihnen das Gefühl der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins zu nehmen. Gerade die Alltäglichkeit der Benachteiligung deformiert die Seele und ist einerseits verantwortlich für die Akzeptanz der unsozialen Situation, andererseits für Dynamiken, die sich aus ihr heraus entwickeln. Die Aktivitäten des ADZ sollen sich vorwiegend auf folgende Punkte erstrecken:
- Sammeln und Auswerten von Vorfällen gesellschaftlicher Benachteiligung und rassistischer Angriffe;
- allgemeine Beratung in Fällen von rassistischer Diskriminierung; - Öffentlichkeitsarbeit und Beratung von Ämtern, gesellschaftlichen Stellen und Medien.

Rassistische, fremdenfeindliche Einstellungen sind ein Ausdruck von existentiellen Ängsten und Unsicherheiten, die man ernst nehmen muß. Vorfälle wie die Kundgebung gegen Roma-Flüchtlinge in Lebach, wo der Bürgermeister sogar das Rathaus und das Schwimmbad verbarrikadieren ließ, sind keine Einzelfälle. Gerade in den letzten Monaten haben rassistische Äußerungen in Ost und West zugenommen. Auch dem ADZ gab ein DDR-Bürger in Hannover den Rat: "Packt eure Türken und geht mit ihnen nach Rußland ins Arbeitslager!". Massiv unterstützt wird dieser Überlegenheitswahn auch durch die Verschärfungen im neuen Ausländergesetz, wo z.B. der Datenschutz für Nicht-Deutsche völlig aufgehoben wird, und die Diskussionen über das Asylrecht. Lafontänsche sozialdemokratische Rückschrittsdiskussionen um eine Übernahme des Begriffs "Verfolgerländer" im Asylrecht tragen zu dieser Entwicklung ihren Teil bei. Diskriminierende Gesetze und falsche Entscheidungen von Behörden und Polizei haben schon häufig tätliche Auseinandersetzungen mit rassistischem Hintergrund ausgelöst. Die BRD ist seit Jahren ein Einwanderungsland. Ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben von Deutschen und Nicht-Deutschen ist nur möglich, wenn Nicht-Deutsche nicht länger als billige Ressourcen für die Wirtschaft oder als Sündenböcke angesehen werden. Es müssen gerechte soziale Strukturen hergestellt werden, es muß ein Antidiskriminierungsgesetz eingeführt werden und Nicht-Deutsche müssen endlich durch das kommunale Wahlrecht die Möglichkeiten bekommen, in diesem Land, wo über 70 % von ihnen schon länger als 10 Jahre leben, auch politisch mitzuentscheiden!
"Zorn und Unzufriedenheit nutzen nichts - so etwas muß praktische Folgen haben." (B. Brecht)
Das ADZ ist in 3000 Hannover 1, Goethestr. 23, Tel. 0511/14274, ab 14.00 Uhr erreichbar.